



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **Blick nach Europa**  
Der 8. Dialog  
ADS-Grenzfriedensbund
- **15 Jahre Minderheitenarbeit**  
Das European Centre for  
Minority Issues (ECMI)
- **„Masterplan für Minderheiten“**  
Neue Ziele und Qualitäten  
der Minderheitenpolitik
- **„Botschafter des  
interkulturellen Dialogs“**  
Ein Projekt des dänischen  
Grenzvereins
- **„Teil der gemeinsamen  
Geschichte“**  
Der Idstedt-Löwe in Flensburg

# ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

**HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.  
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

**Redaktionsgeschäftsstelle:** Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

**Anschrift:** Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg  
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20  
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de  
www.ads-grenzfriedensbund.de

**Geschäftszeit:** Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr  
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr  
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

**Beitrag:** 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

**Abonnement:** 15 € Inland, 17,50 € Ausland

**Bankverbindungen:** HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407  
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

## INHALT

Seite

*Frederic Wanders*

Blick nach Europa.

Der 8. Dialog ADS-Grenzfriedensbund:

Bedeutung und Zukunft der Minderheitenpolitik .....251

*Tove H. Malloy*

15 Jahre Minderheitenarbeit im Kompagnietor.

Das European Centre for Minority Issues (ECMI) in Flensburg .....259

*Rolf Fischer / Birte Pauls*

„Masterplan für Minderheiten“.

Neue Ziele und neue Qualitäten schleswig-holsteinischer

Minderheitenpolitik in europäischer Dimension .....267

*Erik Lindsø*

„Botschafter des interkulturellen Dialogs“.

Ein Projekt des dänischen Grenzvereins .....277

*Christian Dewanger*

„Teil der gemeinsamen Geschichte“.

Grußwort zur Rückkehr des Idstedt-Löwen nach Flensburg .....285

Umschau .....288

Buchbesprechungen .....295

Mitarbeiter/innen dieses Heftes .....311

Abbildungsnachweis .....312

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.  
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.  
Einzelheft 4 €.  
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

*Redaktion der Grenzfriedenshefte:*

- Ove Jensen, M.A., Lollfuß 6 · 24837 Schleswig
  - Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee
  - Dr. Matthias Scharthl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg
  - Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa
- Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung:

Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee  
Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98  
E-Mail: [mittelstaedt-design@web.de](mailto:mittelstaedt-design@web.de) · [www.mittelstaedt-media-design.de](http://www.mittelstaedt-media-design.de)

Druck:

Druckhaus Leupelt, Heideland-Ost 24, Weding · 24976 Handewitt

ISSN 1867-1853

# Blick nach Europa

## Der 8. Dialog ADS-Grenzfriedensbund: Bedeutung und Zukunft der Minderheitenpolitik

von *FREDERIC WANDERS*

*Vor dem Hintergrund umstrittener politischer Entscheidungen stand auch in diesem Jahr die Minderheitenpolitik im Fokus der Dialog-Veranstaltung des ADS-Grenzfriedensbundes, wobei die europäische Dimension breiten Raum einnahm. Unter der Leitung von Vorstandsmitglied Renate Schnack diskutierten namhafte Experten mit einem sachkundigen Publikum, darunter Spitzenvertreter der Grenzverbände und der Minderheiten. Auch die Politik war vertreten, u. a. durch die Landtagsabgeordneten Lars Harms (SSW), Birte Pauls (SPD) und Marion Sellier (SPD) sowie den Flensburger Stadtpräsidenten Dr. Christian Dewanger. Über die Veranstaltung, die am 27. Oktober 2011 im TSB-Sportheim „Junge Harmonie“ in Flensburg stattfand, berichtet Frederic Wanders von der Stadredaktion des Flensburger Tageblatts.*

*Die Redaktion*

### **Die Referenten und ihre Beiträge**

Der 8. Dialog ADS-Grenzfriedensbund behandelte das Thema: „Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland. Ihre Bedeutung – ihre Zukunft.“ Darunter wurden die historisch-politischen Ereignisse des deutsch-dänischen Grenzgebietes diskutiert und ein Ausblick auf die zukünftigen Bemühungen beider Seiten zum gemeinschaftlichen Leben präsentiert. Die Debatte bewegte sich aber nicht nur auf regionaler Ebene, sondern wurde vor allem durch die Gastredner auf die europäische Ebene gehoben und stellte die Bedeutung der deutsch-dänischen Beziehungen in einem internationalen Kontext dar, der auch die Zuhörer dazu veranlasste, Fragen zu stellen, die über das deutsch-dänische Grenzland hinausgingen. Die weiteren Minderheiten innerhalb Europas wurden folglich zu einem Diskussionspunkt, so dass der Fokus nicht nur auf die deutsch-dänischen Beziehungen und die jeweiligen Minderheiten innerhalb der beiden Länder gerichtet blieb.

Renate Schnack, Vorstandsmitglied des ADS-Grenzfriedensbundes, begrüßte die anwesenden Gäste und stellte die Gastredner des Abends vor: Prof. Dr. Henrik Becker-Christensen, dänischer Generalkonsul in Flensburg, und der Prä-

sident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), Hans Heinrich Hansen, sollten in ihren Beiträgen den Grundstein für die Diskussion über die Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland legen. Der jüngste Gast am Rednertisch, Sebastian Seehauser aus Südtirol, Präsident der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV), führte die Diskussion anschließend in Richtung Europa, indem er die Arbeit und Ziele der JEV vorstellte und sich für eine vollständige Anerkennung der Minderheiten in der Europäischen Union (EU) aussprach.

### **Die Minderheitenpolitik auf deutscher und dänischer Seite**

Prof. Dr. Henrik Becker-Christensen lieferte zum Einstieg eine ausführliche Historie der Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland von der Nachkriegszeit bis zu den Entscheidungen und Beschlüssen der letzten Jahre. Vor allem die Bonn-Kopenhagener Erklärungen aus dem Jahr 1955 „nehmen eine Sonderposition ein“, sagte Becker-Christensen, da sie nicht nur auf außenpolitischer Ebene, sondern auch im Alltag des Grenzlandes „vertrauensbildende Maßnahmen“ anregten und „eine schrittweise Verbesserung der Beziehungen zwischen Minderheit und Mehrheit beiderseits der Grenze schufen“. Diese „Fortschritte in kleinen Schritten“ würdigte auch Hans Heinrich Hansen.

Die Bemühungen der dänischen Seite hob Becker-Christensen an bestimmten Stellen hervor. Die Einrichtung eines Kontaktausschusses für die deutsche Minderheit nach deren Ausscheiden aus dem Folketing im Jahr 1965 und die Einrichtung eines deutschen Sekretariats in Kopenhagen 1983 sah er als bedeutende Ereignisse für die Verständigung der beiden Seiten.

Bemühungen auf deutscher Seite beinhalteten für Becker-Christensen die Berufung eines Kontaktausschusses beim Bundesinnenministerium für die dänische Minderheit im Jahre 1975 sowie der Artikel 5 in der Landesverfassung Schleswig-Holstein von 1990 mit der Forderung, dass die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe zu fördern und zu schützen seien. Der Beschluss Mitte der achtziger Jahre, Schulen der dänischen Minderheit mit einer Schülerkostenbezugszuschussung auszustatten und sie somit den Schulen des deutschen Systems gleichzustellen, war ebenfalls ein zentraler Punkt seines Beitrages.

Hans Heinrich Hansen griff dieses Thema sogleich auf und verwies wie Becker-Christensen auf den Beschluss der schleswig-holsteinischen Landesregierung von 2010, diese Gleichstellung durch eine Verringerung der Zuschüsse aufzuheben. Der FUEV-Präsident nahm dies zum Anlass für die Frage: „Wann kehren wir wieder zu einer ausgeglichenen Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland zurück?“ Er untermauerte dies mit einem Zitat des Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich, der die Ausgleichszahlungen der Bundesregierung für



Abb. 1 Moderatorin und Referenten beim 8. Dialog ADS-Grenzfriedensbund: (v.l.) Sebastian Seehauser, Renate Schnack, Prof. Dr. Henrik Becker-Christensen, Hans Heinrich Hansen

2011 in Höhe von 3,5 Millionen Euro an die dänischen Schulen in Deutschland als eine außenpolitische Notwendigkeit bezeichnete, „um die deutsch-dänischen Beziehungen nicht weiter zu belasten.“

Nicht nur die deutsche Politik habe aber die Fortschritte in der Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland belastet, so Hansen. Auch die inzwischen wieder abgeschafften Grenzkontrollen auf dänischer Seite hätten zu einer Behinderung der deutsch-dänischen Minderheitenpolitik beigetragen. Dennoch ließ Hansen anklingen, dass sich vor allem die deutsche Regierung und die des Landes Schleswig-Holstein stärker für eine bessere Verbindung der beiden Staaten und ihrer Minderheiten einsetzen müssten. Das Prinzip Dänemarks, nach der Devise zu handeln, „zeig mir, wie du deine Minderheiten behandelst und ich sage dir, wie demokratisch du bist“, müsse auch auf deutscher Seite umgesetzt werden. Hansen wies in diesem Zusammenhang auch auf Dänemarks Verpflichtung aufgrund seines Minderheitengesetzes hin, sich für die Unterstützung der europäischen Minderheitenarbeit einzusetzen.

## **Die Arbeit von FUEV und JEV**

FUEV-Präsident Hansen lobte diese Selbstverpflichtung Dänemarks ausdrücklich und verwies auf die Zielsetzung seiner Organisation, die Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland und in Europa auszubauen. Die FUEV setzt sich für alle Minderheitengruppen innerhalb Europas ein und operiert auf regionaler und internationaler Ebene. Hansen nannte die Errichtung des DFN (DialogForumNorden) als wichtigen Schritt für die Umsetzung dieser Ziele. So half das Forum bei dem FUEV-Projekt, die Sinti und Roma als Minderheit innerhalb des deutsch-dänischen Grenzlandes anzuerkennen. Die Akzeptanz dieser Minderheit in der Region sei damit erheblich angestiegen, auch wenn diese Gruppe immer noch nicht denselben Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein genießt wie andere Minderheitengruppen. Auf europäischer Ebene war das DFN Vorbild für ein Dialogforum im Europaparlament.

Hansen betonte im Anschluss die hohe Bedeutung für alle Minderheiten innerhalb Europas, miteinander zu kommunizieren und füreinander zu arbeiten, was auch im Publikum begrüßt wurde. Die Partnerschaft mit der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ und die geplante Errichtung eines Kompetenzzentrums für Minderheiten, das bereits von der dänischen Regierung mit finanziellen Mitteln gefördert wird, sind Hansen zufolge ebenfalls wichtige Projekte für die FUEV.

Mit der Vorstellung der Arbeit der JEV durch deren Präsidenten Sebastian Seehauser legte die Diskussion ihren Fokus immer mehr auf Europa und dabei vor allem auf die EU. Seehauser bezeichnete die Mitglieder seiner Organisation als „Interessensvertreter für Minderheitenpolitik“ und stellte als Grundpfeiler der JEV das Netzwerk vor, mit dem die Jugendverbände und -vereine der verschiedenen Minderheiten kommunizieren und einen regen Austausch betreiben. Als Beispiel nannte er das erfolgreiche Osterseminar, das 2011 auf Einladung von Sydslesvigske danske Ungdomsforeninger (SdU) in Christianslyst stattgefunden hat (s. GFH 2/2011, S. 127 ff.).

Seehauser führte aus, dass sich die junge Generation, die „Post-Mauerfall-Generation“, wie er sie bezeichnete, mehr auf die Debatte auf EU-Ebene konzentriert, da sie seit ihrer Geburt mit einem Gefühl für die europäische Gemeinschaft aufgewachsen ist und sich daher nicht nur als Minderheit in einem Staat sieht, sondern als Minderheitengemeinschaft innerhalb Europas. Daher betreibe die JEV auch intensives Lobbying in den europäischen Gremien und neuerdings sogar in der UNO.

## **Minderheitenpolitik innerhalb Europas**

Seehauser stellte fest, dass seine Organisation ihre „Hoffnung auf eine nachhaltige Minderheitenpolitik weniger bei den lokalen Entscheidungsträgern wie einer





Abb. 2 Blick ins Publikum (Ausschnitt)

Gemeinde, einem Landtag oder auch nationalen Parlamenten, sondern direkt bei der Europäischen Union“ sehe. Deswegen fordere die JEV auch schon seit Jahren ein klareres Bekenntnis seitens der EU zum Minderheitenschutz. Zwar gebe es bereits ein bestehendes Grundrecht innerhalb der Charta der Grundrechte der EU zur Nichtdiskriminierung gegenüber verschiedenen Gruppen, wobei nationale Minderheiten explizit genannt werden, aber seitdem, so Seehauser, „sei sehr wenig bzw. nichts in die Richtung Minderheitenpolitik“ auf europäischer Ebene geschehen. Kritisch sieht Seehauser in diesem Zusammenhang auch das nicht verlangte Bekenntnis „älterer EU-Staaten“ wie Frankreich oder auch Griechenland zum Schutz der Minderheiten in ihrem Staat, vor allem, da dies ein Kriterium für EU-Beitrittsanwärter sei.

Seehauser setzte sich vor allem für die Beachtung der Interessen der Minderheitengruppen ein, weil es gerade diese Personen sind, die nach den Vorgaben der EU als „Mustereuropäer“ gelten. Die Minderheiten seien „ein Paradebeispiel“ für das europäische Mehrsprachigkeitsziel, in dem jeder Mitbürger neben seiner Muttersprache zwei weitere Fremdsprachen beherrschen sollte. Da die EU laut Seehauser Vielfalt fördern möchte und damit bei ihren Bürgern wirbt, sollte das Engagement gerade was die Minderheiten betrifft, sei es im deutsch-dänischen Grenzland oder in anderen Minderheitenregionen, deutlich höher sein.

Im weiteren Verlauf seines Beitrags schlug Seehauser ebenfalls einen „Minderheitenkommissar“ der EU vor, der sich spezifisch mit den Interessen, Angelegenheiten und Bedürfnissen der verschiedenen europäischen Volksgruppen be-



Abb. 3  
Hinrich Jürgensen,  
Hauptvorsitzender des  
Bundes Deutscher  
Nordschleswiger (BDN) bei  
einem Diskussionsbeitrag

schäftigen könnte. Das Aufgabenfeld dieses Kommissars sollte dabei nicht nur auf autochthone nationale Minderheiten beschränkt sein, sondern sich auch für die neuen, allochthonen Minderheiten einsetzen. Aber auch die Minderheiten selbst müssen dem JEV-Präsidenten zufolge mehr für ihre Interessen in der EU tun, denn die Möglichkeiten hierzu bestünden. Gemeinsame Aktionen der verschiedenen Verbände und Vereine zur Sammlung von Unterschriften im Rahmen eines europäischen Volksbegehrens könnten die EU dazu zwingen, sich mit Themen, die die Minderheiten betreffen, auseinanderzusetzen.

Seehauser sieht im Moment drei Zukunftsmodelle für die Minderheitenpolitik innerhalb Europas. Zum einen den Fortbestand der derzeitigen EU mit Euro-Regionen, zum anderen den auf wirtschaftlichen und teilweise auch politischen Problemen basierenden Zerfall der Europäischen Vereinigung in die einzelnen Nationalstaaten – oder aber die „Vereinigten Staaten von Europa“, in der ein europäischer Staat mit unterschiedlichen Regionen operiert und agiert. Dieses Modell sieht Seehauser als große Chance für die Minderheiten und mit Bezug auf die von ihm erklärte Gefühlslage der „Post-Mauerfall-Generation“ als realistische Alternative, was auch eine von seiner Organisation initiierte Online-Umfrage bisher bestätige.



Abb. 4  
Jens A. Christiansen,  
Generalsekretär von  
Sydslesvigsk Forening (SSF),  
bei einem Diskussionsbeitrag

## Publikumsdiskussion

Die Reaktionen des Publikums brachten unterschiedliche Aspekte und Gesprächsthemen in die Diskussionsrunde. Einzelne bezweifelten den Modellcharakter der deutsch-dänischen Grenzregion und regten den häufigeren Austausch mit anderen Grenzregionen an. Andere wollten wissen, ob sich die Minderheitenpolitik auch für andere Völkergruppen in der Region einsetze, was die Diskussionsleiterin Renate Schnack klar bejahte. Eine Stimme im Publikum forderte daher auch von den anerkannten Minderheiten wie der dänischen, die nicht anerkannten Minderheiten verstärkt „abzuholen“. Ein Diskussionsteilnehmer beschrieb in Bezug auf das von Seehauser verlangte stärkere Engagement der EU die Bedeutung aller politischen Ebenen für die Minderheitenpolitik so: „Jede einzelne Ebene hat ihre Verantwortlichkeit.“

Insgesamt überwogen die positiven Stimmen zu den bisherigen Bemühungen im deutsch-dänischen Grenzland. So wurde die politische Regelung gelobt, die 5-Prozent-Hürde für den Südschleswigschen Wählerverband (SSW) aufzuheben, was auch bei Generalkonsul Becker-Christensen und FUEV-Präsident Hansen für Zustimmung sorgte. Auch kurz vorgestellte Projekte wie die „Kul-

turbegegnungsbotschafter“ des dänischen Grenzvereins fanden Zustimmung bei den Anwesenden (siehe dazu den Beitrag von Erik Lindsø im vorliegenden GFH). Das Ziel im deutsch-dänischen Grenzland sei es weiterhin, so ein Gast, dass sich die beiden Minderheiten in ihrer jeweiligen Heimat nicht ihrer Kultur beraubt fühlen, sondern sich darauf einigen können, unterschiedliche Kulturen in ihrer Region zu beherbergen.

## **Bilanz**

Fazit ist, dass die Minderheiten in der deutsch-dänischen Grenzregion weiterhin Fortschritte in ihrem Zusammenleben machen und das auch in Zukunft tun werden. Daher, so Hans Heinrich Hansen, dürfe das Positive des gemeinsamen Arbeitens von Mehrheiten und Minderheiten, „nicht von temporären Rückschlägen kaputt gemacht werden.“ Seine Feststellung lautet, dass die deutsch-dänische Grenzregion weiterhin ein Vorbild für andere Minderheiten sein kann und dass sie wichtig für alle Minderheiten innerhalb Europas ist. Einen Hinweis aus dem Publikum auf die Bedeutung außenpolitischer Interessen für die Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland konnte er nur bestätigen.

Prof. Dr. Henrik Becker-Christensen hoffte, dass auch in Zukunft die Bestrebungen der Mehr- und Minderheiten den positiven Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen forttragen werden. Dennoch bezeichnete er die Interessen der Minderheiten als „Stein im Schuh“ mancher Politiker, vor allem auf deutscher Seite. Die bisher nicht zugesagte finanzielle Unterstützung von deutscher Seite für ein internationales Kompetenzzentrum für Minderheiten gilt in Hansens Augen als Bestätigung dafür.

Dennoch bleibt zu sagen, dass die Diskussion um die Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzgebiet auch auf europäischer Ebene geführt werden muss. Der Blick geht in Zukunft, laut Seehausers Aussagen, nach Europa. Die Diskussionsleiterin Renate Schnack regte zum Schluss die Fortführung dieser Debatte an, indem sie den Abend mit den Worten „vielleicht brauchen wir ein bisschen mehr Europa“ beendete und ankündigte, dass im Mittelpunkt der nächsten Dialog-Veranstaltung Ende Oktober 2012 eine Diskussion mit Europaabgeordneten stehen werde.

# 15 Jahre Minderheitenarbeit im Kompagnietor

Das European Centre for Minority Issues (ECMI) in Flensburg

von TOVE H. MALLOY

*Nach dem Wegfall des Eisernen Vorhanges sah der damalige Grenzlandbeauftragte der Landesregierung Schleswig-Holstein Kurt Hamer bereits 1990 eine Verschärfung der Nationalitätenkonflikte in Europa voraus und schlug vor, die positiven deutsch-dänischen Erfahrungen für eine Minderung der Konflikte zu nutzen. Vor diesem Hintergrund riefen 1996 der dänische Staat, die Bundesrepublik Deutschland und das Land Schleswig-Holstein gemeinsam das European Centre for Minority Issues (ECMI) mit Sitz im Flensburger Kompagnietor ins Leben. Aufgaben und erste Arbeitsfelder des Instituts schilderte dessen Gründungsdirektor Dr. Stefan Troebst in den Grenzfriedensheften (H. 1/1997, S. 3 ff.). Über die Fortentwicklung dieses „weltweit einmaligen Zentrums“ informiert anlässlich seines 15-jährigen Jubiläums die heutige Direktorin Dr. Tove H. Malloy. Unter ihrer Leitung seit 2009 bekennt sich das europa- und sogar weltweit aktive Institut stärker als in den Jahren zuvor zu seiner Verwurzelung im deutsch-dänischen Grenzland. Auch mit unserer Zeitschrift hat sich eine erfreuliche Zusammenarbeit entwickelt.*

*Die Redaktion*

## 1. Minderheitenrechte – Forschung – Praxis

Am 4. Dezember 2011 besteht das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI) 15 Jahre. Beruhend auf der idealistischen Idee der Verbreitung des Minderheitenschutzes und symbolisch in einer Grenzregion angesiedelt, die für ein erfolgreiches Minderheitenmodell steht, hat das ECMI ein Mandat in ganz Europa ausgeübt und sich dabei insbesondere auf Gebiete konzentriert, in denen das Verhältnis zwischen Minderheit und Mehrheit noch immer Anlass zur Sorge gibt. Nach 15 Jahren hat ECMI nicht nur in Flensburg Wurzeln geschlagen, sondern auch in Georgien und im Kosovo, und unsere Fachkenntnisse sind auch außerhalb der europäischen Grenzen gefragt. Es ist eine große Ehre, an dieser deutsch-dänischen Maßnahme zum europäischen Minderheitenschutz und zur Völkerverständigung teilhaben zu dürfen – an einer bilateralen Zusammenarbeit, die ein weltweit einmaliges Zentrum geschaffen hat.

Das ECMI hat ein besonderes Mandat als Arbeitsgrundlage. Unser Forscherteam

in Flensburg betreibt anwender- und politikbezogene Forschung, es informiert, dokumentiert und bietet Beratung für Minderheiten-/Mehrheitsbeziehungen in Europa. Wir beraten europäische Regierungen und regionale zwischenstaatliche Organisationen sowie die Zivilgesellschaft, hierunter Minderheitengruppen. Wir arbeiten mit akademischen Netzwerken, den Medien und der Öffentlichkeit zusammen. Durch unsere Büros in Georgien und im Kosovo haben wir Kontakte zu Regionen, in denen die Lage angespannt ist. Die Behörden und Minderheitengruppen in diesen Regionen werden auf mehreren Ebenen im Aufbau von Institutionen und Kapazitäten geschult. Diese Schulungen werden im Hauptbüro und in Zusammenarbeit mit NRO in ganz Europa von der Unterstützungseinheit Schulungen und Organisationsberatung organisiert. Speziell in diesem Zusammenhang profitiert das ECMI von den guten Erfahrungen mit der Handhabung von Minderheitenfragen in der deutsch-dänischen Grenzregion. Unser Mandat geht selbstverständlich über diesen Grenzbereich hinaus – wir beziehen den symbolischen Wert und Praxiskenntnisse in unsere Projekte ein, überlassen Forschung in Minderheitenfragen aber unseren Kollegen in der Region, insoweit sie unseren Bedarf abdecken können.

Das ECMI ist deshalb einzigartig, weil wir eine von wenigen Institutionen weltweit sind, die Minderheitenforschung mit Kapazitätsaufbau verbindet. Unsere Methode nutzt die Synergie zwischen Minderheitenrechten, Forschung und Praxis, und wir betrachten dies als Zwei-Wege-Funktion.



Abb. 1  
Das ECMI  
Synergie Wheel



Abb. 2 Das Kompanietor in Flensburg – Hauptsitz des ECMI

Ausgehend von den europäischen Minderheitenrechten richten wir Forschungsprojekte ein, die den Status der Implementierung von Minderheitenrechten in denjenigen Ländern untersuchen sollen, die internationale Konventionen unterschrieben haben. Durch unsere Untersuchungen stellen wir Mängel und Gegensätze fest, welche die Implementierung des Minderheitenschutzes verhindern, sowohl in von Konflikten betroffenen Gebieten wie auch in friedlichen und demokratisierten Gebieten. Auf der Grundlage der Forschungsergebnisse erarbeiten wir Empfehlungen für Regierungen und internationale Organisationen, die dann – eventuell in Zusammenarbeit mit dem ECMI – daran arbeiten, die Defizite zu beseitigen. In der Praxis kann das durch Schulungen und Informationskampagnen geschehen. Im Laufe des praktischen Teils beobachten wir außerdem genau, ob es in Bezug auf die bestehenden Minderheitenrechte Sachverhalte gibt, die evtl. Anlass für die Revision der Rechte sein können. In diesem Fall stoßen wir Forschungsprojekte an, in denen die Mängel der bestehenden Minderheitenhandhabung herausgestellt werden sollen.

## 2. Entwicklung

Historisch kann man die 15-jährige Tätigkeit des ECM in drei Zeiträume unterteilen. In der ersten Periode von der Einrichtung des Zentrums 1997 bis 2002 stand vor allem die Verbreitung von Kenntnissen über die europäischen Minderheitenrechte in den neuen selbstständigen Staaten Osteuropas im Mittelpunkt. Insbesondere die beiden Konventionen des Europarats im Bereich Minderheiten, die 1992 unterschriebene Sprachencharta und das Rahmenübereinkommen von 1995, bildeten die Grundlage dieser Arbeit. Die sogenannten Flensburg-Empfehlungen, gegeben am 14. Juni 1998 von einer internationalen Expertengruppe, waren der Beginn dieser Arbeit. Ergebnisse dieser Arbeit waren verschiedene Seminare über die Bedeutung von Minderheitenrechten für die Demokratisierungsprozesse in den neuen Staaten Osteuropas. Auf der Tagesordnung standen Estland, Moldawien, die Ukraine, Mazedonien, Kaliningrad, Bosnien und Herzegowina sowie die Kosovo-Region. Kurze Zeit später begann die Eingliederung der baltischen Staaten in die Europäische Union (EU). Die Probleme, mit denen die kleinen neuen Staaten im Baltikum konfrontiert waren und die sie lösen mussten, bevor sie Mitglieder der EU werden konnten, waren nicht unerheblich, und es soll nicht verschwiegen werden, dass Minderheitenrechte bei den neuen Regierungen nicht die höchste Priorität hatten.

In der zweiten Periode der Geschichte des ECMI, von 2002 bis 2006, lag der Schwerpunkt auf Konfliktlösung und Wiederaufbau von Institutionen nach Konflikten, insbesondere im Kosovo und in den neuen Ländern auf dem westlichen Balkan, in Kroatien, Serbien und Mazedonien, aber auch in Moldawien. Die normative Arbeit wurde in den osteuropäischen Ländern fortgeführt, welche die Mitgliedschaft in der EU beantragt hatten, insbesondere in Rumänien und Bulgarien. In diesem Zeitraum unterstützte das ECMI einige Regierungen bei praktischen Maßnahmen zur Schaffung von Institutionen, wie Ministerialausschüsse und Ombudsmann-Institutionen, sowie bei juristischen Initiativen wie die Verfassung von Minderheitengesetzen. Das rumänische Gesetz über nationale Minderheiten, das vom rumänischen Parlament noch immer nicht verabschiedet worden ist, wurde daher stark vom ECMI geprägt, da die Mitarbeiter des ECMI in Flensburg die rumänische Regierung im Zeitraum 2004-05 direkt beraten haben. In Georgien hat das ECMI mehrere Erfolge vorzuweisen. Das Büro, das 2003 gegründet wurde, arbeitete zunächst mit der Zivilgesellschaft der Randregionen Georgiens zusammen, wo mehrere Minderheiten zusammen leben und der Alltag der Minderheiten durch Mehrsprachigkeit und Gegensätze gekennzeichnet ist. Die Regionen Georgiens hatten in Bezug auf die Entwicklung und auch den Minderheitenschutz große Herausforderungen zu bewältigen. Mit vielen kleinen und großen abgeschlossenen Projekten ist das ECMI-Büro in Tbilisi ein



gut etablierter und hoch angesehener Akteur, der mit verschiedenen Ministerien und Regierungsbehörden unmittelbar zusammenarbeitet. Ganz aktuell hat das Büro den zweiten Teil des Demokratisierungsprojekts eingeleitet, das vom Nachbarschaftsprogramm des dänischen Außenministeriums bezahlt und vom Europarat verwaltet wird. Zum jetzigen Zeitpunkt sind im ECMI-Büro in Georgien 15 Mitarbeiter beschäftigt.

Im Kosovo hat das ECMI einen Erfolg zu verzeichnen, der fast als monumental bezeichnet werden kann. Seit 2001 haben unsere Mitarbeiter in Pristina eine Zusammenarbeit mit dem Büro des selbst ernannten Staatsministers der Region, um Minderheitenorgane einzurichten, die den Minderheiten eine Stimme im Unabhängigkeitskampf gaben. Diese Zusammenarbeit führte dazu, dass das ECMI 2007 die Athisaari-Kommission beriet, die einen Plan für die Zukunft des Kosovo ausarbeitete. Als die selbst ernannte Regierung den Kosovo im Februar 2008 für selbstständig erklärte und daraufhin eine Verfassung erstellt werden sollte, saßen die Mitarbeiter des ECMI mit am Tisch. Kapitel 3 der neuen Verfassung, in dem es um Minderheitengruppen und deren Rechte geht, ist das Ergebnis der ECMI-Mitarbeit und könnte zu Recht „ECMI-Kapitel“ genannt werden. Aktuell hat das ECMI-Büro den zweiten Teil eines Dezentralisierungsprojekts des finnischen Außenministeriums gestartet, und im Moment arbeiten 10 Mitarbeiter im Büro in Pristina.

In der dritten Periode konzentriert sich das ECMI seit 2006 sehr auf die Position der Minderheitenrechte im europäischen Vielseitigkeitskonzept, entsprechend dem EU-Motto „Vereint in Vielfalt“. Das ECMI in Flensburg zeichnete etwa für ein größeres Evaluierungsprojekt für die Europäische Kommission verantwortlich. Gemeinsam mit 6 anderen Institutionen erhielt das ECMI die Aufgabe, die Integrationspläne in 6 Mitgliedsländern zu evaluieren: in Estland, Lettland, Tschechien, Slowakien, Slowenien und Schweden. In den beiden baltischen Ländern wurde die Integration der russischen Minderheit genau unter die Lupe genommen, und in den übrigen Ländern wurde die Integration der Roma- und Sinti-Bevölkerungen untersucht. Das ECMI war also eine der ersten unabhängigen Institutionen, welche die Integration der Roma- und Sinti-Bevölkerungen in der EU analysierte. Die dritte und laufende Periode wird also dadurch gekennzeichnet, dass das ECMI an mehreren Fronten aktiv ist. Was die Konfliktproblematik angeht, haben wir gerade ein Dialogprojekt in Georgien begonnen, bei dem es darum geht, dass die Zivilgesellschaften von Georgien und Abchasien lernen, miteinander zu kommunizieren. In Bezug auf die Integrationsproblematik laufen Projekte in Georgien und Kosovo, nach denen Roma- und Sinti-Kinder in Mehrheitsschulen integriert werden sollen, und im juristischen Bereich haben wir gerade damit begonnen, Indikatoren für die Implementierung des Rahmenübereinkommens und der Sprachencharta zu erarbeiten. Nicht zuletzt hat das ECMI Flensburg ein Projekt in



Abb. 3 Dr. Tove Malloy (hinten re.) zu Besuch in einer Schulklasse im Roma-Dorf Plemetin in der Fushe Region, Kosovo, Oktober 2011



Abb. 3 Roma-Dorf Plemetin im Kosovo. Im Erdgeschoss die Roma-Schule

Weißrussland begonnen, um über die europäischen Minderheitenkonventionen zu informieren, die Weißrussland nicht unterschrieben hat.

### **3. Strukturen**

Das ECMI wurde ursprünglich von den Behörden in Dänemark, Deutschland und Schleswig-Holstein als unabhängige und interdisziplinäre Institution gegründet, die auf eine internationale Kernbelegschaft zurückgreifen kann, ergänzt durch eine Reihe leitender Wissenschaftler aus ganz Europa und über die europäischen Grenzen hinaus. Wir arbeiten aktiv mit anderen akademischen Institutionen und Nicht-Regierungs-Organisationen zusammen, die sich mit Konfliktlösung und interethnischen Themen befassen und sich in Kooperationsprojekten in diesen Bereichen engagieren. Und in der Grenzregion unterrichten unsere Forscher im grenzüberschreitenden Master-Programm „European Studies“. Neuerdings hat das ECMI 2011 eine Sommerschule in Zusammenarbeit mit der Universität Flensburg und der Syddansk Universitet gegründet. Dabei stehen Minderheiten in Grenzregionen überall in Europa im Mittelpunkt. Im September 2011 konnten wir 28 Studierende aus der ganzen Welt begrüßen.

Während die Gründer des ECMI die Kernfinanzierung übernehmen, beantragt das Zentrum aktiv projektbezogene Finanzierungen zur Unterstützung seiner Aktivitäten. Wir sind stolz darauf, dass wir die meisten europäischen Außenministerien zu unseren Spendern zählen können, außerdem gehören einige private Stiftungen, die Europäische Kommission und der Europarat zu unserem „Kundenkreis“. Das ECMI wird von einem Vorstand mit neun Mitgliedern aus Dänemark, Deutschland, der OSZE, des Europarats und der EU geleitet, und es wird bei seinem Auftrag von einem Wissenschaftlichen Rat aus renommierten Experten für Minderheitenfragen unterstützt.

Aufgrund der starken Vertretung vor Ort musste das Hauptbüro im Kompagnietor umstrukturiert und modernisiert werden. Der 2009 begonnene Prozess ist jetzt abgeschlossen, so dass das Sekretariat gestärkt agieren und die Herausforderungen annehmen kann, die an eine internationale Verwaltung im 21. Jahrhundert gestellt werden. Als Teil der Umstrukturierung hat sich das ECMI-Forscherteam ebenfalls modernisiert. Seit Anfang 2010 ist unsere Forschung in fünf Themenschwerpunkte organisiert.

Eine Abteilung für Rechtsverhältnisse und Verwaltung beschäftigt sich mit Evaluierung und Weiterentwicklung juristischer Normen, die zu einer konsolidierten demokratischen Führung beitragen können, vor dem Hintergrund ethnischer Vielfalt und Menschenrechte. Andere Forschungsgruppen decken Politik und Zivilgesellschaft ab, mit Schwerpunkt auf Minderheitenpolitik, insbesondere die Möglichkeiten von Minderheiten zur Teilnahme an öffentlichen Funktionen und

Funktionen der Zivilgesellschaft. Eine Konflikt- und Sicherheitsgruppe konzentriert sich auf konstruktive Konfliktsteuerung und thematisiert Konflikte in Bezug auf eine ethnopolitische Dimension in Europa. Eine Kultur- und Vielfalt-Abteilung thematisiert kulturelle Fragen zur Existenz von Minderheiten, insbesondere in Bezug auf Sprache und Ausbildung, befasst sich aber auch mit dem Zugang von Minderheiten zu den Medien. Eine Bürgerrechts- und Ethikgruppe konzentriert sich auf juristische und sozialpolitische Aspekte der Mitgliedschaft in der Mehrheitsgesellschaft einschließlich ethischer Fragen wie Toleranz, Respekt und soziale Zusammengehörigkeit.

Unser Forscherteam umfasst leitende Experten und Nachwuchskräfte aus der ganzen Welt. Im Moment kommen wir auf sieben Nationalitäten. Arbeitssprache des ECMI ist wie bekannt Englisch, aber unser Arbeitsalltag ist mehrsprachig und sehr vielfältig. Das Forscherteam übernimmt auch Mentorenaufgaben für eine Reihe von Praktikanten aus der ganzen Welt. Das ECMI nimmt in der Region unter anderem die meisten Praktikanten des Masterprogramms „European Studies“ auf.

Das ECMI ist hin und wieder auch Gastgeber für Nachwuchsforscher, die Minderheitenfragen in Europa als Spezialgebiet gewählt haben. Zurzeit hat das ECMI zum Beispiel einen jungen Forscher aus Äthiopien zu Gast, der mit Föderalssystemen und Minderheiten arbeitet.

#### **4. Perspektiven**

Um erfolgreich zu bleiben, muss man hart arbeiten und sich laufend erneuern. Wir glauben, dass das ECMI einer weiteren 15-jährigen Erfolgsperiode entgegensteht. Um weiterhin konzentriert arbeiten zu können, erstellen wir einen neuen Aktionsplan – eine Strategie – für die kommenden fünf Jahre. Er geht vom ursprünglichen Mandat aus, aber er ist in dem Sinne zukunftsorientiert, als wir das ECMI an die neuen Herausforderungen der Minderheitenarbeit in Europa anpassen. Zum Beispiel wird sich unser Forscherteam intensiver mit Mobilität auseinandersetzen: physisch in die Minderheiten hinein bzw. aus ihnen hinaus, sowie mental innerhalb der Minderheiten. Wir werden versuchen, unsere Position als Europas führende Institution im Wissenschaftsbereich nicht-autonome Minderheiten zu festigen, und wir werden weiterhin unsere Ziele als führende Forschungsinstitution über europäische Minderheitenfragen und -rechte erreichen. Nicht zuletzt wollen wir unsere Kenntnisse über europäische Minderheitenrechte global ausbauen, indem wir Kapazitätsausbau und Schulung in der ganzen Welt anbieten. Es wird also nicht nur das deutsch-dänische Grenzmodell verbreitet. Es dreht sich auch um das europäische Modell.

# „Masterplan für Minderheiten“

## Neue Ziele und neue Qualitäten schleswig-holsteinischer Minderheitenpolitik in europäischer Dimension

von ROLF FISCHER und BIRTE PAULS

*Rolf Fischer, europapolitischer Sprecher, und Birte Pauls, minderheitenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, stellen einen „Masterplan für Minderheiten“ zur Diskussion, der die Entfaltungsmöglichkeiten der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland und darüber hinaus langfristig sichern soll. Die beiden Landtagsabgeordneten setzen dabei auf den Dialog aller Beteiligten und einen Konsens der demokratischen politischen Kräfte in der Minderheitenpolitik von der kommunalen bis zur europäischen Ebene.*

*Die Redaktion*

### 1. Vorbemerkung

Politik für nationale Minderheiten und Volksgruppen ist im Wandel. Dies zu erkennen, zu akzeptieren und sich auf neue Fragen einzustellen, ist eine wichtige Aufgabe derer, die zwar zur Mehrheit gehören, aber mit den Minderheiten Politik machen. Dass nichts so kontinuierlich ist wie der Wandel – dieser Satz gilt für eine moderne und offene Minderheitenpolitik mit Sicherheit. Der Abgleich also zwischen den Feldern, die es unbedingt zu erhalten gilt, und denen, die sich erneuern und neue Antworten erfordern, ist eine ebenso notwendige wie spannende politische Herausforderung.

### 2. Vorbereitung

Wir haben diese Herausforderung angenommen und in diesem Jahr einen „Masterplan für Minderheiten“ vorgelegt, der diesen Spannungsbogen aufnimmt und sich zum Ziel gesetzt hat, ein in die Zukunft weisendes Konzept für neue Ziele und neue Qualitäten in der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik aufzuzeigen. Das ist ein Angebot – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wir setzen auf den Dialog und deshalb haben wir sehr früh das Gespräch mit den Minderheiten/Volksgruppen gesucht und unsere Thesen diskutiert.

So fand am 26. August 2010 in Schleswig auf Einladung des Arbeitskreises „Eu-

ropa und Minderheiten“ der SPD-Landtagsfraktion ein Arbeitstreffen mit Vertretern aller Minderheiten in Schleswig-Holstein sowie der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig statt. Gegenstand der Diskussion waren die von der schwarzgelben Landesregierung vorgelegten sehr einschneidenden Haushaltsbeschlüsse zu den Minderheiten/Volksgruppen. Unsere Absicht war, im gemeinsamen Dialog auszuloten, welche Konsequenzen dies für die konkrete Arbeit der Verbände haben wird und welche Möglichkeiten finanzieller und struktureller Art wir identifizieren können, um die weitere Arbeit auf einem angemessenen Niveau halten zu können. Aus diesem Gespräch haben wir unsere ersten Konsequenzen gezogen. Wir haben uns zweitens intensiv mit der Minderheitenpolitik auf der europäischen Ebene befasst und bewertet, welche Perspektiven für Schleswig-Holstein angeboten werden und welche Punkte für uns zu nutzen sind. Dieser Aspekt macht für uns einen großen Anteil an der neuen inhaltlichen Aufstellung des Politikfeldes aus. Hier gilt es neu anzusetzen.

Der dritte Baustein zur Aufstellung unseres Planes war der inhaltliche Austausch mit den Minderheiten. Am 23. März 2011 fand auf unsere Einladung ein Arbeitstreffen im Kieler Landeshaus statt, an dem wieder die drei Minderheiten aus Schleswig-Holstein und der Bund Deutscher Nordschleswiger teilnahmen. Unser „Masterplan“ wurde Abschnitt für Abschnitt diskutiert und wir konnten feststellen, dass es durchaus große Zustimmung zu den meisten unserer Thesen gab. Insbesondere war den Minderheiten der finanzielle Ausblick sehr wichtig. Im Rahmen der allgemeinen Sparbemühungen kommt es gerade für die langfristig planenden Minderheitenverbände darauf an, zumindest eine gewisse Planungssicherheit zu haben. Gerade in der Sprach- oder Kulturförderung ist dieser Aspekt wichtig, da einmal verloren gegangene Kulturgüter nicht wieder aufgebaut werden können, z. B. der Verlust einer Minderheitensprache, die dann nicht mehr „lebendig“ ist, sondern ein „Museumsprojekt“, macht dies eindringlich deutlich. In der Debatte wurde auch die Rolle der Minderheiten in der neuen „digitalen Welt“ angesprochen. Informationen wandeln sich, neue soziale Netzwerke entstehen, Medien stellen sich darauf ein; das hat auch Konsequenzen für die Minderheiten und ihre Rolle in der Gesellschaft. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Neubestimmung der Position in der europäischen Dimension. Europapolitik ist zunehmend auf die Kooperation mit der europäischen Politik angewiesen. Längst können bestimmte Fragen nur noch „europäisch“ gelöst werden, die EU, das Europäische Parlament, der Europarat und andere Gremien befassen sich seit wenigen Jahren mit diesem Thema. Dies gilt es in die zukünftige Minderheitenpolitik im Land mit zu berücksichtigen.

Die Resonanz auf unseren „Masterplan“ war positiv. Wir setzen jetzt auf die Debatte in den Minderheitenverbänden und wollen konsequenterweise im ersten Quartal 2012 einen weiteren Schritt zum Aufbau einer offensiven und perspek-



Besuch beim dänischen Schulverein, 31.10.2011: (v.l.) Anette Langner, MdL, Rolf Fischer, MdL, Birte Pauls, MdL, Olaf Runz, Abteilungsleiter Dansk Skoleforening

tivisch angelegten Minderheitenpolitik gehen, in dem wir – wenn die inhaltliche Akzeptanz erreicht ist – einen konkreten Umsetzungsplan aufstellen werden.

### **3. Vorschlag: „Masterplan für Minderheiten“ (Auszug)**

#### **3.1. Für eine Politik der Anerkennung**

Die Minderheiten sind für die Politik so selbstverständlich geworden, dass das eigentliche Wissen um die Besonderheiten, um Probleme und Ideen der Minderheiten und Volksgruppen leider in den Hintergrund gerät. Viel zitiert, aber auch verstanden?

Ein nationales Interesse an Minderheitenpolitik ist aber in der Berliner Republik nicht ausgeprägt. Mit dem wohlfeilen Verweis auf den Kulturföderalismus überlässt Berlin dieses Politikfeld gern den Ländern; sind doch keine politischen Mehrheiten mit den Minderheiten zu gewinnen.

Dazu kommt die große Angst der Politik in der Republik vor dem Entstehen sog. „neuer Minderheiten“. Maßnahmen, wie Projektförderung, Informationsgremien

beim Bundestag oder die Berufung eines Minderheitenbeauftragten täuschen nicht darüber hinweg, dass eine zielorientierte und koordinierte Minderheitenpolitik des Bundes fehlt. Warum ist es wichtig, dieses besondere und sensible Politikfeld zu entwickeln?

Eine neue Minderheitenpolitik in Berlin und in den Ländern ist ein anderer Integrationsweg, der nicht das Fremde betont, der nicht assimilieren will, sondern auf einer „Politik der Anerkennung“ beruht. Diese Politik beruft sich auf Respekt, Würde und die Akzeptanz des Andersseins. Wir benötigen also eine neue Konzeption; sie muss definitorisch Klarheit schaffen, welche Gruppen gemeint sind; sie muss eine Öffnung für neue Minderheiten bieten und einen belastbaren Schutz- und Förderrahmen aufbauen. Sie muss die Rollenverteilung zwischen dem Bund und den Ländern regeln und meinungsbildend in Europa wirken.

### 3.2. Minderheiten und Politik: ein konstruktives Paar

In Schleswig-Holstein kann die Minderheiten- und Volksgruppenpolitik auf eine gute und konstruktive Vergangenheit zurückblicken. Alle demokratischen politischen Kräfte pflegen einen Konsens in der Minderheitenpolitik, der auch von uns nicht infrage gestellt wird.

Minderheitenverbände und Politik sind seit den Entwürfen einer organisierten Minderheitenpolitik Partner; dabei kann die Politik die Rolle des Anregers, des Moderators und Mittlers übernehmen. Welche weiteren Aufgaben die Politik in der heutigen Situation übernehmen kann – darüber ist zu sprechen. Es geht also nicht um eine kritische Analyse der Arbeit der Minderheiten, sondern um eine kritische Analyse der Strukturen aus der politischen Sicht.

Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass z.B. das Mandat des SSW ein vollwertiges Mandat darstellt. Immer wieder geäußerte Zweifel und Einschränkungen der politischen Gültigkeit lehnen wir ab.

Wir halten an dem „Prinzip der positiven Diskriminierung“ fest; d.h. Minderheiten und Volksgruppen müssen besondere und zusätzliche Leistungen erhalten, um Gleichstellung in der Gesellschaft zu erreichen.

Es geht also um die theoretische und politische Weiterentwicklung dieses komplexen Feldes, dessen notwendige Ausweitung auf die Bundes- und Europaebene es nicht einfacher macht. Oder anders gefragt: Wo wollen wir als SPD in der Minderheitenpolitik hin? Was ist unser politisches Ziel und welche Projekte könnten dieses Feld voranbringen?

### 3.3. Die besondere Spannung: Kontinuität und Veränderung

Minderheitenpolitische Kriterien dürfen nicht Teile eines immer wieder vorkommenden politischen Richtungswandels sein, das Verhältnis der Mehrheit zu den Minderheiten darf sich nicht aus einem wechselnden gesellschaftlichen Zeitgeist



heraus immer wieder neu bestimmen. Wir erkennen an, dass Minderheitenpolitik sich in Wellen entwickelt; mal mehr, mal weniger öffentliche und politische Aufmerksamkeit genießt – die genannten Kernpunkte dieser Politik dürfen aber dadurch nicht infrage gestellt werden.

Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Minderheitenpolitik des Landes ist ein fraktionsübergreifendes und ernstgemeintes Interesse für Belange der Minderheiten. Die Minderheiten reagieren sehr sensibel auf stetige Veränderungen, die im gleichen Rhythmus wie Wahlen stattfinden. Minderheiten dürfen nicht zum Spielball einzelner Parteien, erst recht nicht knapper Mehrheiten gemacht werden.

Alle Politikfelder unterliegen aber Veränderungen; Veränderungen, die sich aus dem Politikfeld selbst ergeben oder Veränderungen, die von außen einwirken. Schon deshalb ist es sinnvoll, zu bestimmten Zeitpunkten Bestandsaufnahmen zu evaluieren und sich über die mögliche weitere Entwicklung zu vergewissern. Das gilt insbesondere für die Minderheiten- und Volksgruppenpolitik, die im Kreuzungspunkt unterschiedlicher Interessen steht:

- wir stehen am Beginn einer neuen EU-Förderperiode,
- die Sparpolitik der Landesregierung trifft die Minderheiten hart,
- die beschlossene „Schuldenbremse“ hat langfristige Konsequenzen,
- der Doppelhaushalt auf Landesebene schafft nicht wirklich Zeit für Beratungen, da die nächste Landtagswahl ansteht,
- die Kommunalreform in Dänemark hat Folgen für die deutsche Minderheit;
- Konsequenzen für die Minderheiten hätte auch eine enge Zusammenarbeit im norddeutschen Raum (Nordstaat),
- das neue Schulgesetz betrifft die Minderheiten,
- die Grenzlandsituation verändert sich z.B. durch die angekündigte Dänemark-Strategie der Landesregierung.

Und es gibt mittel- und langfristige Veränderungen, die wir bewerten müssen:

- Minderheitenpolitik vollzieht sich in ihrer öffentlichen Wahrnehmung offensichtlich anders als andere Politikfelder, nämlich in „konjunkturellen“ politischen Schwankungen: Nach der aufregenden Gründungsphase mit der Kieler Erklärung und den Bonn-Kopenhagener Erklärungen blieb die Minderheitenpolitik zunächst ohne großen Öffentlichkeits- und Entwicklungsbezug. Erst Mitte der 80er Jahre änderte sich dies mit Ministerpräsident Barschel und der Regierung Engholm; das Politikfeld erhielt eine zweite große öffentliche Aufmerksamkeit über den Kreis der Akteure hinaus, die Verfassung wurde geändert und ein umfassendes Netzwerk entstand.
- Aus politischer Sicht ist festzustellen: Seit einigen Jahren stagniert die inhaltliche, die minderheitentheoretische Arbeit und ein großes minderheitenpolitisches Ziel fehlt; anders als in der Nachkriegszeit, als es galt den Grenzkampf

zu befrieden; anders als in den 80er Jahren mit ausgeprägter postmaterialistischer und reformbereiter Stimmung. Die großen herausragenden politischen Ziele sind entweder bisher gescheitert, wie die Grundgesetz-Verankerung, oder sie werden realisiert; d. h. erschöpfen sich im Vollzug, wie die Umsetzung der Sprachencharta.

- Es geht auch um Projekte der Minderheiten, die wichtig sind, weil sich unsere Gesellschaft technologisch und elektronisch weiterentwickelt hat. Neue Medien und neue Kommunikationsformen werden die Zukunft bestimmen. Diesen Entwicklungen kann sich auch die Minderheitenpolitik nicht entziehen.

#### 3.4. Unsere Analyse: Problemstellungen

Der Informationsfluss muss verbessert werden. Es entsteht der Eindruck, dass die mittlerweile große Zahl der Gremien beim Landtag, beim Bundestag, der einzelnen Kontakt-Ausschüsse der Minderheiten in Kopenhagen, Kiel, Berlin und der Ansprechpartner auf den unterschiedlichen Ebenen zu einer schwierigen Informationslage führt; die Landespolitik hat z. B. bisher keine kontinuierliche Information über die Arbeit des Minderheitensekretariats in Berlin abgerufen. Wir, d. h. die meisten Abgeordneten wissen kaum, was in Berlin – mit Konsequenz für Schleswig-Holstein – diskutiert wird.

Es fehlt ebenso eine konsequente Einbeziehung des Landtages in die Arbeit des Bundesbeauftragten für Minderheiten in Berlin. Als „das“ Minderheiten-Bundesland kann es nicht nur um Besuche gehen, sondern um eine konsequente politische Weiterentwicklung des Politikfeldes. Hier ist natürlich auch der/die Minderheitenbeauftragte in Schleswig-Holstein gefragt; aber auch z. B. das „Dialog Forum Norden“ könnte diesen wichtigen Dialog „Bundesbeauftragter – Parlament“ intensivieren und vor allem transportieren.

Gleiches gilt leider noch immer für den Austausch zwischen den schleswig-holsteinischen Kommunen und der Landespolitik in Minderheitenfragen; Dank gilt hier den ehemaligen und der aktiven Minderheitenbeauftragten, die diesen Dialog führten und führen. Minderheitenpolitik ist laut Verfassung auch Aufgabe der Kommunen. Dieser Bereich muss vor dem Hintergrund der kommunalen Veränderungen in Schleswig-Holstein ebenfalls intensiviert werden.

#### 3.5. Unsere Perspektiven: Politikfeld mit Fortschrittschance

Die SPD Schleswig-Holstein wird eine neue Phase der Minderheitenpolitik zusammen mit den Minderheiten und Volksgruppen entwerfen und umsetzen.

Unsere generellen Forderungen sind:

Wir sollten die vorhandenen Strukturen auf ihre Effizienz überprüfen, damit auch ein umfassender Informationsfluss gegeben ist. Dabei geht es nicht um die Strukturen, in denen jede einzelne Minderheit ihre Interessen gegenüber der Politik

vorbringt; dies muss den Minderheiten weiterhin möglich sein, in Kopenhagen, Berlin oder Kiel. Dort aber, wo Politik und die Minderheiten als Gruppe miteinander arbeiten, könnte die Kommunikation und damit die Effizienz verbessert werden. Beginnen wir also einen umfassenden Evaluierungsprozess: Wir wollen eine aktive Minderheitenpolitik in Kommunen, Land, Bund und Europa!

Nur in diesem Konsens kann Minderheitenpolitik wirklich gestaltet werden. Der Beitrag in den Kommunen, des Landes und des Bundes ist dabei genauso wichtig wie europäische Rahmenübereinkommen. Die gegenseitige Anerkennung der Arbeit der einzelnen Ebenen ist Grundvoraussetzung für das gemeinsame Gestalten.

Dem Land kommt in besonderem Maße die Verantwortung des Koordinierens zu. Dazu gehört die Kommunikation zwischen Kommunen, Land, Bund und Europa und auch mit dem beteiligten Nachbarland Dänemark – aber auch zwischen den jeweiligen Akteuren der Parteien, den zuständigen Beauftragten der verschiedenen Ebenen, den Institutionen der Minderheitenarbeit, wie FUEV und ECMI. Besonders während der letzten Haushaltsberatungen war zu beobachten, dass die Minderheiten mangels Kommunikation fast gegeneinander ausgespielt worden sind. Das darf überhaupt nicht, aber vielleicht besonders bei den Minderheiten nicht passieren.

Folgende Schwerpunkte setzen wir im allgemeinen minderheitenpolitischen Bereich:

- Wir werden die Funktion des Minderheitenbeauftragten in der Staatskanzlei erhalten und stärken.
- Wir werden den europäischen Charakter dieses Politikfeldes verstärken; die Arbeit des „Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen“ (ECMI) und der „Föderalistischen Union europäischer Volksgruppen“ (FUEV) in Flensburg werden unterstützt.
- Wir werden die nationale Verantwortung der Bundesrepublik für eine offensive Minderheitenpolitik stärker als bisher betonen und einfordern.
- Wir werden die Minderheiteninteressen in den Medien, den neuen Kommunikationstechnologien und im Internet wahren und neu thematisieren.
- Schutz und die Förderung der Minderheiten- und Regionalsprachen muss gesichert werden.
- Wir werden die Kompetenzanalyse umsetzen.
- Wir streben einen engen Dialog zur Weiterentwicklung der Minderheitenpolitik mit den Grenzverbänden an.
- Wir sind offen für eine Diskussion über „neue Minderheiten“.

Und wir benötigen neue politische Instrumente. Insbesondere sind zu nennen:

- Ein Minderheitenschutzartikel im Grundgesetz nach dem Vorbild der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung: Dänen, Friesen, Sorben sowie die

deutschen Sinti und Roma gehören unter den Schutz des Staates und haben ein Anrecht auf Förderung. Mit dieser Staatszielbestimmung trägt der Bund – neben den Ländern – seiner Verantwortung Rechnung.

- Eine neue Minderheitenpolitik erfordert auch einen Bundes-Minderheitenbeauftragten, der nicht nur verwaltet, sondern gestaltet. Das, was wir für die deutschen Minderheiten dort einfordern, können wir doch den Minderheiten hier nicht absprechen.
- Alle Bundesländer ohne Schutzartikel in der Landesverfassung müssen wie Rheinland-Pfalz Staatsverträge mit den deutschen Sinti und Roma abschließen.
- Definieren wir zum Erhalt eines der wichtigsten Merkmale der Minderheiten, der Sprache, eine eigene „language policy“, eine Sprachenpolitik, die den Erhalt der Minderheiten- und Regionalsprache sichert. Dieses Feld wollen wir mit den Bildungsfachleuten erarbeiten.
- Minderheitenpolitik bleibt für uns Querschnittsaufgabe. Sie muss stärker als bisher auch in den Kulturstrategien des Landes berücksichtigt werden. Ohne hiermit eine Einschränkung auf ausschließlich kulturelle Strategien vorzunehmen, ist doch der kulturpolitische und kulturtheoretische Ansatz besonders zu betonen.
- Die Minderheiten müssen ihren sicheren Platz in den Medien erhalten. Dazu zählt auch der Dialog mit unseren Vertretern in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkgremien und Medienanstalten.

Weitere wichtige politische Anregungen wären für uns:

Sollten wir nicht einen „Vertrag“ zwischen den Sinti und Roma und dem Land abschließen, wie es in Rheinland-Pfalz der Fall ist, wenn es in absehbarer Zeit nicht zu einem Staatszielschutz in der Landesverfassung kommt? Und sollten wir nicht diese Forderung in allen SPD-Fraktionen der Länder aufstellen – die deutschen Sinti und Roma leben überall in der Republik?

Stellen wir die minderheitenpolitischen Forderungen an die Kommunen in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit; eines der schwierigsten Themen – aber auch eines der wichtigsten für die Zukunft. Hier ist die Landespolitik gefordert.

Die Kooperation über die Landesgrenze hinaus auch in Richtung Norddeutschland muss stärker als bisher unter minderheitenpolitischer Sicht debattiert werden. Friesen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Sinti und Roma in allen norddeutschen Bundesländern, grenzüberschreitende Politik mit Polen und den Niederlanden – alles sind Punkte, für die Schleswig-Holstein mit seinen Erfahrungen konstruktiv auf dem Feld der Minderheitenpolitik arbeiten könnte. Das gleiche gilt für eine enge Zusammenarbeit mit den Sorben als Partner in der Minderheitenpolitik sowie mit den Landtagen von Sachsen und Brandenburg.

Die länderübergreifende Kooperation kann eine Chance für eine neue politische und demokratische Qualität darstellen und den norddeutschen Integrationsprozess intensivieren.

Es ist gelungen einen guten und tragfähigen Konsens im Rahmen der dänischen Kommunalreform für die deutsche Minderheit zu finden. Und doch kann es in einer nun sehr viel größeren Region kommunalpolitisch, d.h. die Rolle der Schleswigschen Partei (SP) betreffend, und minderheitenpolitisch, d.h. hinsichtlich der Wertigkeit der Minderheit, durchaus noch zu Veränderungen kommen. Wenn sich der politische Fokus aus dem engeren Grenzland weg bewegt, wird dies auch den Einfluss der deutschen Minderheit betreffen. Hier sollte ein noch engerer Meinungs austausch mit der schleswig-holsteinischen Politik stattfinden.

Definieren wir ein neues großes Ziel der Minderheitenpolitik unter europäischer Zielsetzung. Wir haben dazu alle Möglichkeiten in Schleswig-Holstein. Mit dem ECMI können wir sogar auf eine international anerkannte Einrichtung zurückgreifen.

### 3.6. Zielvereinbarungen

Das Land sollte mit jeder Minderheit eine Zielvereinbarung abschließen. In diesen Zielvereinbarungen sollte es um spezielle Anliegen der einzelnen Minderheiten gehen. So sind für die dänische Minderheit u. a. der Grundsatz der Gleichstellung bei den Schülerkostensätzen und den Schülertransportkosten sowie die Beteiligung des Landes an anfallenden Baukosten wichtig. Anliegen der friesischen Volksgruppe sind u. a., den Unterricht in friesischer Sprache in Kindergärten und Schulen abzusichern, die Sprache in den Medien prägnanter zu gestalten und das Hochschulfach Friesisch sicherzustellen. Für die Sinti und Roma ist es wichtig, endlich mit in die Verfassung aufgenommen und so den anderen Minderheiten gleichgestellt zu werden. Das Mediatorenprojekt sollte ausgeweitet werden. Für die deutsche Minderheit in Dänemark sollten die Bundesmittel an Lohn- und Preissteigerungen angepasst werden. Ein weiteres Anliegen ist es, die Möglichkeit zu bekommen, öffentliche Gelder für Bauten zu beantragen.

Weitere Anliegen der einzelnen Minderheiten sollten mit diesen gemeinsam erörtert werden und in die Zielvereinbarungen einfließen.

### 3.7. Finanzen

Minderheiten/Volksgruppen benötigen Planungssicherheit. Sie bewahren Kulturgüter und leben Kulturleistungen, die nicht nur zur Identität der eigenen Gruppe dienen, sondern auch zur Identität der Gesamtgesellschaft gehören. Sind diese Güter und Leistungen verschwunden, geht auch ein Teil des kollektiven Gedächtnisses Schleswig-Holsteins unwiederbringlich verloren. Der Rest wäre Museum.

Dies wollen wir nicht! Deshalb plädieren wir für eine umfassende Reform der finanziellen Beziehungen zwischen Land und Minderheiten. Auch Minderheiten werden einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung tragen müssen. Aber das alleinige Kürzen nach dem Zufallsprinzip kann, nicht nur in diesem Bereich, keine Antwort sein. Wenn die Zukunft und auch die zukünftige Minderheitengeneration gestalten können soll, dann muss auch noch etwas zum Gestalten da sein. Ihre eigene Identität wird weitergegeben, auf andere Art und Weise als in der Mehrheitsbevölkerung.

Eckpunkte dieser Reform sollten unserer Meinung nach u.a. sein:

- Abschluss eines Minderheitenvertrages (analog den Sozialverträgen I-II) über die langfristige Aufgabenverteilung und Finanzierung zwischen Land und Minderheiten,
- Absage an den „Subventionscharakter“ der Zahlungen,
- koordinierte Finanzierung zwischen Bund, Land und Europa,
- besserer Zugang der Minderheiten zu europäischen Fördermitteln,
- Einsatz für einen Haushaltstitel „Minderheitenförderung“ auf der EU-Ebene.

# „Botschafter des interkulturellen Dialogs“

Ein Projekt des dänischen Grenzvereins

von ERIK LINDSØ

*„Kulturmodeambassadørene“ („Botschafter des interkulturellen Dialogs“) lautet der Titel eines seit 2009 laufenden bemerkenswerten Projekts des dänischen Grenzvereins (Grænseforening), worüber Erik Lindsø in der von ihm redigierten Vereinszeitschrift „Grænsen“ berichtet hat (Nr. 4/August 2011, S. 11-13). Das Projekt will auf ungewöhnliche Weise das Zusammengehörigkeitsgefühl in der von kultureller Vielfalt gekennzeichneten dänischen Gesellschaft stärken. Dabei greift es auf junge Leute aus den Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland und aus den „neuen Minderheiten“ in Kopenhagen zurück, die als ausgebildete „Botschafter“ ihre Erfahrungen mit einem Leben in zwei Kulturen weitertragen. Wir geben den Artikel aus „Grænsen“ in einer leicht überarbeiteten, d. h. aktualisierten, Fassung in der Übersetzung von Elke Zschage wieder.*

*Die Redaktion*

## Einleitung

Eine der Weisheiten Robert Storm Petersens handelt von zwei Männern, die im Stadtpark auf einer Bank sitzen. Ihre Blicke folgen einem vorbeigehenden Promi. Als dieser weg ist, sagt der eine zum anderen: „Wie er wohl als Mensch ist?“ Und der andere antwortet: „Das weiß ich nicht, so bin ich ihm noch nicht begegnet.“ Würden wir uns lediglich als Passanten begegnen oder jemanden im Fernsehen bzw. in der Zeitung sehen, dann kennen wir uns nur so, wie wir uns ausgeben oder wie wir dargestellt werden.

Auf diese Weise entstehen Vorurteile. Der Soziologe Anthony Giddens beschreibt Identität als die Geschichte, die wir uns zuschreiben, und fügt hinzu, dass Vorurteile Geschichten sind, die wir anderen zuschreiben – anderen, die wir nur vom Vorbeifahren her kennen.

Ein vorurteilsfreies Miteinander entsteht, indem wir unsere Geschichte mit anderen teilen. Dann entsteht das, was Karen Blixen eine Schicksalsgemeinschaft nennt. Wir werden zusammengehören, wenn wir etwas Kostbares zusammen hören. Möglicherweise sehen wir uns nie wieder, aber die Geschichten, die wir uns erzählen, werden uns immer begleiten. Erzählst du mir deine Geschichte, lerne ich dich als Menschen kennen.

## Wir müssen diejenigen kennenlernen, die in Dänemark leben

Das Projekt mit dem Titel „Kulturmoderatoren“ („Botschafter des interkulturellen Dialogs“) wurde 2009 vom dänischen Grænseforening (Grenzverein) mit dem Ziel gestartet, der dänischen Gesellschaft beizubringen, wie sie den Zusammenhalt durch den internationalen Dialog stärken könne. Jugendliche, die Erfahrungen mit Minderheiten in der deutsch-dänischen Grenzregion gemacht haben, sollen zusammen mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Minoritätserfahrungen durch Dänemark reisen und ihre Erfahrungen in Zusammenkünften austauschen.

Die Aufgabe eines Botschafters des interkulturellen Dialogs ist es, einen Beitrag zu einem größeren Verständnis und einer höheren Anerkennung quer durch die verschiedenen Gesellschaftsgruppen zu leisten, indem sie einen Dialog in Gang setzen. Konkret geschieht dies in Konferenzen, bei denen die Botschafter ihre persönlichen Erfahrungen über das Leben zwischen zwei Kulturen austauschen und dabei einen Schwerpunkt auf die sprachliche und kulturelle Vielfalt Dänemarks legen.

„Im Dialog entstehen die Fähigkeiten und Ideen, die nötig sind, um gute, zukünftige Kulturtreffen und damit bessere und engere Gemeinschaften in Dänemark zu schaffen,“ sagt Maya Bram Sommer, die das Projekt leitet. Das Projekt „Botschafter des interkulturellen Dialogs“ bietet einen möglichen Weg, die Dänen, die in Dänemark leben, besser kennenzulernen. Dänemark besteht heutzutage ja aus einer Vielfalt an Kulturen, und Däne zu sein war nie so bunt und heterogen wie heute. Trotz der Unterschiede haben wir einen gemeinsamen Ausgangspunkt: Wir leben in Dänemark.“

„Das primäre Ziel der ‚Botschafter des Internationalen Dialogs‘ ist es, einen verstärkten Zusammenhalt in Dänemark zu schaffen. Das tun wir unter anderem aus dem Grundsatz heraus, dass es uns leicht fällt, sowohl in mehreren Kulturen verankert zu sein als auch ein Teil der Gesellschaft zu sein.“

„Bei den Zusammenkünften setzen wir den Fokus auf die großen Ressourcen, die mittlerweile multikulturell und mehrsprachig sowohl für das Individuum als auch im hohen Grade für die dänische Gesellschaft sind, und genau hier sind die dänischen und deutschen Minderheiten aus der Grenzregion ein wichtiges Glied, denn sie haben gelernt, von einem ‚wir und die‘ zu einem ‚wir‘ zu gehen – von einem Konflikt zu einer friedlichen Koexistenz.“

„Jugendliche aus der Grenzregion, die sowohl mit der dänischen als auch mit der deutschen Kultur aufgewachsen sind, können den Migranten zeigen, dass es mehr Vor- als Nachteile gibt, wenn man multikulturell ist. Gleichzeitig können sie ethnischen Dänen zeigen, dass man in verschiedenster Art und Weise Däne sein kann. Es lassen sich viele Parallelen zwischen diesen beiden Gruppen zie-





Abb. 1 Treffen im Integrationsministerium, 7.6.2011: (v.l.) Axel aus der dänischen Minderheit in Südschleswig, der damalige Minister Søren Pind, die dänisch-palästinensische Mona, Gesa aus der deutschen Minderheit in Nordschleswig und Natalie aus der dänischen Minderheit in Südschleswig

hen und der Erfahrungsaustausch, zu dem sie beitragen, wird in einer Zeit der Identitätsfindung dringend gebraucht,“ erklärt Maya Bram Sommer.

### **Der Integrationsminister als Botschafter**

Das Projekt wurde 2009 gestartet und hat eine Bewilligung des Integrationsministeriums über 900.000 DKR erhalten, und die damalige Integrationsministerin Birthe Rønn Hornbech war begeisterte Anhängerin. Ihr Nachfolger Søren Pind hat erneut knapp 600.000 DKR bewilligt, damit das Projekt 2012 fortgesetzt werden kann.

Das Integrationsministerium begründet seine Unterstützung des Projekts damit, dass es „die Mitbürgerschaft stärkt und den Zusammenhalt in Gemeinden durch Stärkung der sozialen und sprachlichen Kompetenzen fördert“. Außerdem könne das Projekt „zu einer Verstärkung von Netzwerken, demokratischen Kompetenzen usw. führen, die wiederum zu einer erhöhten Beteiligung beitragen“.

## Zwischen zwei Visionen

Im Zusammenhang damit, dass die „Botschafter des interkulturellen Dialogs“ weiterhin die Unterstützung des Integrationsministeriums erhalten, wurde am 21. August 2011 ein offenes Treffen im „Huset“ in der Magstræde in Kopenhagen abgehalten. Der Einladung war zu entnehmen, dass der Einsatz der „Botschafter des interkulturellen Dialogs“ sehr aktuelle Gesellschaftsverhältnisse beleuchtet: „Die aktuelle Debatte über die Gesellschaft spielt sich zwischen zwei Visionen ab. In der einen Vision soll an der monokulturellen Gesellschaft festgehalten werden und Einwanderung und fremde Kulturen werden als Bedrohung angesehen, denn sie könnten die existente Gesellschaft übernehmen. Diese Ansicht kann zu extremistischen Handlungen führen, wie wir es zuletzt in Norwegen gesehen haben. Es sind jedoch dieselben Beweggründe, die hinter den Terroranschlägen von Osama Bin Laden und anderen Islamisten und im Übrigen auch hinter den Völkermorden in Nazideutschland, Ex-Jugoslawien und an anderen Orten stecken. In der zweiten Vision ist die Rede von einer multikulturellen Gesellschaft, in der die Unterschiedlichkeiten der Bürger respektiert werden und man hinter den gemeinsamen Werten der Demokratie, einer gemeinsamen Sprache, dem Rechtsstaat, der Gleichstellung usw. steht. Kann diese Vision in einem Europa realisiert werden, in dem 80 Prozent der Einwohner sich durch eine staatstragende Mehrheitsbevölkerung identifizieren und damit auch keine Rücksicht auf ethnische Minderheiten nehmen müssen?

Die ‚Botschafter des interkulturellen Dialogs‘ definieren sich nicht durch diese Visionen, aber sie repräsentieren die Meinung von einem Fünftel der Europäer, die nicht staatstragenden Mehrheitsbevölkerungen angehören. Die Botschafter haben unerwartete und inspirierende persönliche Erfahrungen, die dazu beitragen können zu klären, wo man in der Debatte zwischen diesen beiden Visionen steht. Sind viele Kulturen innerhalb einer Gesellschaft eine Bedrohung, eine Ressource oder etwas dazwischen?“

Warum diese beiden Visionen hervorheben, wenn gesagt wird, dass die „Botschafter des interkulturellen Dialogs“ sich nicht zu einer von ihnen bekennen? Diese Frage wurde an den Generalsekretär des Grænseforening Knud-Erik Therkelsen gestellt, der den zitierten Einladungstext formuliert hat. „Ein Einsatz zwischen den beiden Polen ist wichtig, weil keiner der Pole eine Lösung verkörpert. Lösungen findet man in den Feldern zwischen ihnen und hier agieren die ‚Botschafter des interkulturellen Dialogs‘ und tragen etwas dazu bei,“ antwortet Knud-Erik Therkelsen.

Was ist das für ein Beitrag? „Zum Beispiel, dass man gut in diesem Land mit zwei gleichwertigen Sprachen wie einer Heimatsprache und einer Gesellschaftssprache leben kann. In der ersten Vision wird erwartet, dass nur eine Sprache



Abb. 2 „Botschafter des interkulturellen Dialogs“ bei einem internen Seminar in Apenrade, 2.10.2011

gesprochen wird. Einige würden sogar verlangen, dass die Heimatsprache in den Familien mit Migrationshintergrund dänisch sein soll. Man sollte jedoch stolz darauf sein können, zwei Sprachen zu sprechen und zwei Kulturen in sich zu haben,“ sagt Therkelsen, der meint, dass die „Botschafter der interkulturellen Dialogs“ am dichtesten an der letzten der beiden Visionen sind.

### **Die gleichwertige Begegnung ist eine wertvolle Begegnung**

Die „Botschafter des interkulturellen Dialogs“ glauben daran, dass inmitten der kulturellen Vielfalt, die zu einem Alltag in Dänemark geworden ist, ein „wir“ und ein „uns“ statt eines „wir und die“ formuliert werden kann. Sie glauben daran, dass das Gespräch und die persönlichen Treffen das Mittel sind, um die Polarisierungen in der Gesellschaft aufzuheben.

„Indem wir uns begegnen und auf Augenhöhe miteinander sprechen, finden wir heraus, dass wir einander etwas bedeuten. Nur in diesen persönlichen Treffen können wir neue Visionen und gemeinsame Werte formulieren,“ sagt Maya Bram Sommer.

„Wie wollen die Dinge auf den Kopf stellen und den Blondenen der deutschen und dänischen Minderheit mit dem Farbigen mit Migrationshintergrund aus Kopenha-

gen zusammenbringen. Uns fallen meistens die äußerlichen Unterschiede wie die Hautfarbe etc. auf, aber wenn Jugendliche der Minderheit aus der Grenzregion ihre Geschichten zusammen mit denen der Einwandererjugendlichen erzählen, dann entdeckt man, dass es mehr die Werte und nicht die Äußerlichkeiten sind, um die es hier geht, und dass die Unterschiede im Prinzip nicht so groß sind, wie die Presse und die Politiker es häufig vermuten lassen,“ erklärt Maya Bram Sommer, die sich damit schwer tut, das Bild einer fremdenfeindlichen Stimmung in der Gesellschaft, welches die Medien oft zeichnen, zu erkennen.

„Ich kann diese Stimmung, die die Medien vermitteln, nicht bei denen erkennen, mit denen wir zu tun haben. Ganz im Gegenteil erlebe ich, dass ein großer Wille unter den Dänen da ist, eine ‚Wir-Gesellschaft‘ zu schaffen – ein ‚sowohl-als-auch‘ statt ein ‚entweder-oder‘“.

„Es kann gut sein, dass Vorurteile existieren, aber diese lassen sich leicht zerschlagen, wenn wir uns von Angesicht zu Angesicht gegenüber treten. Wenn wir uns gegenseitig etwas erzählen, werden wir gleichwertig. Bei diesen Zusammenkünften leisten wir unseren Beitrag zu einem Gesamtbild, das zeigt, dass die Dänen mehrere Hautfarben haben können und dass es in Ordnung ist, eine Bindestrich-Nationalität zu haben – so wie man es in den Minderheiten in der Grenzregion hat,“ endet Maya Bram Sommer.

Ein Teilnehmer beschreibt die Auswirkungen, die ein Treffen mit den „Botschaftern des interkulturellen Dialogs“ auf ihn hatte, anhand seiner Reaktion auf dem Nachhauseweg: „Es war einer der ganz nassen Juli-Tage mit strömenden Regen. Ich fuhr mit dem Bus nach Hause, und als ich ausstieg, bemerkte ich, dass dort gleich an der Bushaltestelle eine Person bei ihrem Fahrrad saß und mit aller Genauigkeit dabei war ihre Fahrradkette aufzusetzen. Ich dachte nicht genauer darüber nach, denn bei dem strömenden Regen wollte ich nur noch so schnell wie möglich nach Hause kommen. Als ich vorbeiging und runter schielte, bemerkte ich, dass die Farbe der Hände, welche sich an der Kette abmühten, auf eine Herkunft aus der südlichen Hemisphäre hindeutete. Ich ging ein paar Schritte weiter, als mir einfiel, dass der Betreffende wohl kein Glück haben wird, die Kette aufzusetzen. Auch der Gedanke, dass es nicht selbstverständlich ist zu wissen, wie man schnellstens die Kette eines Fahrrads mit Nabenschaltung aufsetzt, wenn man mit dem Fahrradfahren nicht aufgewachsen ist, so wie es mein Vater mir vor mehr als 20 Jahren gezeigt hat, ließ mich innehalten. Darum kehrte ich zurück und fragte, ob ich helfen könne, und der Afrikaner signalisierte mir, dass ich ihm gern helfen durfte. Es zeigte sich, dass er vergeblich versucht hatte, die Kette über das Tretlager zu ziehen, was völlig unmöglich ist. Ich erklärte ihm, während ich die Kette aufsetzte, wie die Kette nur über das hinterste Tretlager zu heben sei und das Fahrrad daraufhin einen knappen Meter nach hinten gezogen würde. Es ist nachvollziehbar, dass er sich sehr über meine Hil-



Abb. 3 Infostand der „Botschafter des interkulturellen Dialogs“ bei einem Stadtfest in der Sozialwohngegend Vollsmose, einem Vorort von Odense, 9.10.2011. Auf ihren T-Shirts Reaktionen von Passanten auf vorangegangene Gespräche

fe freute und sehr dankbar war, sowohl meine Hilfe erhalten zu haben als auch gelernt zu haben, wie die Kette des Fahrrads aufgesetzt wird, am meisten jedoch scheint er sich darüber gefreut zu haben, dass er nun wieder nach Hause fahren konnte. Dann setzte ich meinen Weg zu Fuß fort. Als er an mir vorbeiradelte, hatte er ein breites Lächeln im Gesicht, winkte und war voller Dankbarkeit.“

## Fakten

„Botschafter des interkulturellen Dialogs“ ist das einzige Projekt in Dänemark, das konsequent gegen das Wir- und Die-Denken arbeitet. „Wir wollen ein Uns“, sagt Maya Bram Sommer, die das Projekt leitet. Sie ist cand. mag. in Kultur- und Sprachstudien und hat Erfahrungen mit Minderheitsarbeit in Frankreich und Peru gesammelt.

Das Projekt wurde 2009 mit der Unterstützung vom Integrationsministerium, von TrygFonden und der Sydbank gestartet. Das Integrationsministerium sicherte mit einer Extrabewilligung von 556.600 DKR, dass das Projekt 2012 fortgesetzt

werden kann. Das Ziel ist es, das Projekt derart zu verankern, dass es ein festes Angebot von Grænseforeningerne werden kann. Zurzeit wird daran gearbeitet eine Reihe unterschiedlicher Kooperationen zu etablieren, die dazu beitragen könnten, dass das Projekt weiterhin existieren darf. Ein Teilziel der neuen Projektperiode ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die „Botschafter des interkulturellen Dialogs“ werden darin ausgebildet, ihre Geschichte zu erzählen und demokratische Gespräche zu vermitteln. Es sind ca. 30 Botschafter – Jugendliche aus der dänischen, friesischen und deutschen Minderheit in der Grenzregion und Migranten von arabischen und türkischen Minderheiten in Kopenhagen. Die „Botschafter des interkulturellen Dialogs“ operieren aus der Grundsichtweise heraus: „Ein multikultureller Hintergrund ist sowohl eine persönliche als auch eine gesellschaftliche Ressource.“

Seit 2009 haben die „Botschafter des interkulturellen Dialogs“ überall in Dänemark etwa 70 Veranstaltungen – von Ausbildungsinstitutionen bis hin zu Vereinen – abgehalten. Die Methode der Botschafter baut auf Erzählungen verschiedener Lebenserfahrungen, den Dialog und eine Reihe Übungen, bei denen die Teilnehmer integriert werden. Die Übungen wurden im Laufe der Zeit entwickelt und setzen auf viele positive Erfahrungen, die gemacht wurden. Das Ergebnis der letzten zwei Jahre ist, abgesehen von der Entwicklung unterschiedlicher Anwendungen und Übungen, insbesondere die Entstehung vieler Verbindungen und ein verstärktes Verständnis. Die Evaluation der ersten Projektperiode zeigt beispielsweise, dass die Teilnehmer in ihrem Verständnis für den Begriff von Kultur, den viele durch äußerliche Merkmale bestimmen, stark beeinflusst wurden.

Weitere Informationen über die „Botschafter des interkulturellen Dialogs“ auf <http://ambassador.grænseforeningerne.dk/>

Übersetzung: Elke Zschage

# „Teil der gemeinsamen Geschichte“

## Grußwort zur Rückkehr des Idstedt-Löwen nach Flensburg

von CHRISTIAN DEWANGER

*In seinem Bericht über „Die Einweihung des Idstedt-Löwen auf dem Alten Friedhof in Flensburg am 10. September 2011“ (GFH 3/2011, S. 183 ff.) bemerkt der Journalist Joachim Pohl, die beim anschließenden Empfang in der Bürgerhalle des Rathauses gehaltene Ansprache des Flensburger Stadtpräsidenten Dr. Christian Dewanger habe „aufhorchen“ lassen. Dieser Hinweis auf den vom allgemeinen Tenor abweichenden Charakter der Rede und die von Pohl wiedergegebenen Zitate haben in unserer Leserschaft den Wunsch geweckt, den vollständigen Redetext nachlesen zu können. Wir geben den Text daher (in einer für den Druck leicht überarbeiteten Form) im Folgenden wieder. Die Rede des Stadtpräsidenten ist umso bemerkenswerter, als hier kein Historiker den Idstedt-Löwen als historische Quelle differenziert in den Blick nimmt, sondern ein Kommunalpolitiker, der im Hauptberuf Psychologe an der Universität Flensburg ist.*

*Die Redaktion*

Heute Vormittag wurde er offiziell enthüllt, der Löwe, der die Gemüter erhitzt und für reichlich Gesprächsstoff gesorgt hat. Doch als Ausdruck der Freundschaft zwischen Dänen und Deutschen ist er nun heute an seinen ursprünglichen „Sitz“-Platz zurückgekehrt.

Immer wieder ist der Sinnes-Wechsel des Löwen-Denkmal vom Siegerdenkmal hin zum Freundschaftssymbol vorgetragen, erklärt und beschrieben worden. Aber ich bin der Auffassung, dass das, was wir heute tun, nicht das in der Vergangenheit Geschehene übersehen oder gar ignorieren darf.

Ich bin überzeugt, dass es erstens nicht geht und zweitens auch nicht sinnvoll ist, einem Denkmal einen neuen Sinn aufzuschreiben. Der Idstedt-Löwe ist kein Denkmal der Freundschaft. Der Löwe ist ein Monument einer Epoche nationalstaatlichen Strebens, in Bronze gegossener territorialer Macht- und Herrschaftsanspruch – eben ein Siegerdenkmal der dänischen Nationalliberalen. Und so sagte der dänische Schüler im Flensburger Tageblatt zu Recht, dass der Löwe zeige, dass Flensburg eben auch ein bisschen dänisch ist.



Abb. 1 Nach der Enthüllung der Gedenktafel am Sockel des Idstedt-Löwen, 10.9.2011: (v.l.) der dänische Kulturminister Per Stig Møller, der deutsche Botschafter in Kopenhagen Michael Zenner, Prinz Joachim von Dänemark, der Flensburger Oberbürgermeister Simon Faber und Stadtpräsident Dr. Christian Dewanger

Natürlich ist Flensburg nicht nur ein bisschen, sondern ein bisschen mehr dänisch. Unsere Stadt hat von der dänischen Krone – zum Beispiel den Rumhandel betreffend – profitiert. Aber die kriegerischen Zeiten haben auch Wunden hinterlassen, die mitunter nur langsam heilen – wie auch den Idstedt-Löwen.

Und so geht die Friedens- und Freundschaftsbotschaft nicht vom Löwen aus, sondern von dem Akt seiner Rückkehr und Wiederaufstellung. Gerade das Überwinden der Grenze und das Verständnis als eine gemeinsame deutsch-dänische Region, die gute Freundschaft und Zusammenarbeit über die Grenze hinweg sowie zwischen Mehr- und Minderheiten haben es verdient, dass der Löwe nicht als Verdrehung der Geschichte, sondern als anerkannter Bestandteil der deutsch-dänischen Geschichte zurückgekommen ist.

Wir können ehrlich zurückblicken zu den Fakten des Leids und dazu stehen, dass der Löwe ein kriegerisches Siegesdenkmal ist, bei dem es eher um Demütigung als um Freundschaft geht. Gerade im Aufstellen des Löwen in Anerkennung dieses Faktums zeigt sich doch, dass wir aus der Geschichte gelernt haben und





Abb. 2 Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Flensburg durch Prinz Joachim von Dänemark, 10.9.2011. Links Stadtpräsident Dr. Christian Dewanger, rechts Oberbürgermeister Simon Faber

heute eine tatsächliche Freundschaft leben, zu der es auch gehört, sich der gemeinsamen Geschichte zu stellen und diese sichtbar zu machen.

Dieses ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein kostbares Gut. Die aktuellen Geschehnisse um den Euro, Grenzkontrollen und rechtsextreme Ewiggestrige zeigen, dass wir täglich unsere Freundschaft neu leben, stärken und der Welt zeigen müssen. Hierbei sind wir immer noch auf einem sehr jungen Weg, unserer grenzüberschreitenden Region eine Identität zu geben, die verschiedenen Kulturen zu bewahren und doch auch zusammenzubringen. Die gemeinsame Besinnung und Anerkennung der gemeinsamen Geschichte ohne Ausblendung der unangenehmen Seiten ist dabei ein gewichtiger Baustein.

Und mit dem Löwen ist nun ein Teil der gemeinsamen Geschichte an den richtigen Platz zurückgekehrt – und das ist gut so!

---

**SCHLAGZEILEN  
AUS DEM GRENZLAND**

---

Faarhus: Ungerecht oder angemessene Vergeltung?

Der Nordschleswiger, 10.9.2011

*Die Veröffentlichung des Forschungswerks „Straffelejren“ von Henrik Skov Kristensen über die Internierung zahlreicher Angehöriger der deutschen Minderheit in Nordschleswig nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs löste eine lebhaft öffentliche Diskussion aus. Siehe zu dem Buch die Besprechung von Peter Fransen im vorliegenden Heft und die Stellungnahmen von Nis-Edwin List-Petersen und Henrik Skov Kristensen im folgenden Heft.*

Vorstand von Grænseforeningen beugt sich nordschleswigschen Abteilungen  
Flensburg Avis, 29.9.2011

*Nach massiven Protesten aus den regionalen Abteilungen von Grænseforeningen gegen die Unterstützung des Vereins für weitere deutsche Teilnahme an den jährlichen Gedenkfeiern für die Schlacht von Düppel am 18.4.1864 und vor allem für die Errichtung eines neuen Versöhnungsdenkmal am Schlachtort (GFH 2/2011, S. 146-147, sowie unten, 28.10.) zog der Vorstand des Gesamtvereins seine Unterstützung für Letzteres zurück.*

Auflage: Rocker sollen raus aus  
Pattburg

Jydske Vestkysten, 1.10.2011

*Ein einiger Ausschuss der Kommune*

*Apenrade legte der in Schleswig-Holstein verbotenen Sektion der Bandidos nahe, ihr neues „Klubhaus“ in Pattburg zu räumen. Dabei verwies man auf den aktuell gültigen Lokalplan, wonach Vereinsaktivitäten dieser Art ohnehin nicht in einem Einkaufsgebiet zugelassen seien (GFH 3/2011, S. 232).*

Staatsministerin Helle Thorning-Schmidt: Ein historischer Tag für Dänemark

Der Nordschleswiger, 4.10.2011

*Nach dem Wahlsieg des „roten Blocks“ in Dänemark (GFH 3/2011, S. 239) wurde mit der Sozialdemokratin Helle Thorning-Schmidt erstmals eine Frau ins höchste Regierungsamt gewählt. Fortan wird das Land von einer Dreierkoalition aus den Sozialdemokraten, der heute den Grünen nahe stehenden Socialistisk Folkeparti mit Parteichef Villy Søvndahl als Außenminister und der sozialliberalen Radikale Venstre mit Parteichefin Margrethe Vestager als Wirtschaftsministerin regiert. Diese Parteien verfügen allerdings nicht über die Mehrheit im Folketing und sind auf weitere Mehrheitsbeschaffer angewiesen, namentlich auf die linksalternative Partei Enhedslisten. Aus regionaler Sicht bemängelten viele Kommentatoren, dass nach sehr langen Jahren erstmals kein Vertreter aus Nordschleswig ein Regierungsamt bekleidet. Dabei wurden Befürchtungen laut, dass dies dem Landesteil bei wichtigen Projekten zum Nachteil gereichen könnte – nicht zuletzt bei der Bewerbung Sonderburgs als europäische Kulturhauptstadt, zumal Konkurrent Århus in der Regierung gut vertreten ist.*

Transportminister Dam:  
Deutsch-Dänische Kommission bleibt  
Der Nordschleswiger, 6.10.2011

*Der neue Verkehrsminister Henrik Dam-Kristensen hat zugesichert, dass die neue grenzüberschreitende Kommission zur besseren Planung infrastruktureller Maßnahmen ihre Arbeit unverändert fortsetzen solle.*

Fazit: Die Basis des BDN will  
gar keine Veränderungen  
Der Nordschleswiger, 12.10.2011

*Bei einer außerordentlichen Vollversammlung des Bundes Deutscher Nordschleswiger in Tondern legte die eigens eingerichtete Strukturkommission des Dachverbandes der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ihre Vorschläge zu Änderungen in der Organisationsstruktur vor. Dabei sucht man nach Möglichkeiten einer Effektivierung angesichts der zuletzt massiven finanziellen Sparzwänge (GFH 4/2010, S. 315). Die anwesenden Vertreter aus den Ortsverbänden lehnten die geplanten Änderungen jedoch weitgehend ab. Man fürchtet einen Verlust an demokratischer Mitbestimmung und an Transparenz. Entscheidungen wurden einstweilen nicht getroffen.*

Analyse befürwortet Tunnel  
für ca. 9,8 Mrd  
Der Nordschleswiger, 13.10.2011

*Ein Gutachten der Firma COWI geht davon aus, dass eine feste Querung des Kleinen Belt zwischen Alsen und Fünen (Fühnenshaff-Bøjden) von täglich 9.000-12.000 Fahrzeugen benutzt werden könnte. Eine Autobahnbrücke wäre aber zu teuer, weshalb eine Tunnellösung empfohlen wird.*

Idstedt-Löwe ist ein Anlaufpunkt  
Flensburg Avis, 24.10.2011

*Nach Schätzung der Flensburger Stadtverwaltung wurde der Idstedt-Löwe in den ersten sechs Wochen nach seiner Wiederaufstellung auf dem Alten Friedhof bereits von etwa 10.000 Menschen besichtigt. Siehe auch die Rede des Stadtpräsidenten zur Einweihung in diesem Heft.*

Märchenhafte Grenzregion  
Flensburger Tageblatt, 25.10.2011

*Bei zweisprachigen deutsch-dänischen Lesungen von Märchen in Bibliotheken, Schulen und anderen Einrichtungen kamen insgesamt 1200 Schülerinnen und Schüler sowie ca. 400 weitere Gäste zusammen.*

Grenzpendler schaffen Arbeitsplätze  
Flensburg Avis, 27.10.2011

*Wirtschaftswissenschaftler Torben Dall Schmidt vom Institut for Grænseregionsforskning betont, dass die Grenzpendler auf verschiedene Weise für Wachstum in der Region sorgen.*

Düppel-Duell der Beharrlichkeit  
Jydsk Vestkysten, 28.10.2011

*Nachdem sein Vorschlag zu einem Versöhnungsdenkmal auf den Düppeler Höhen in Form eines Händedrucks eine große Kontroverse ausgelöst hatte, brachte der Kopenhagener Künstler Kenn André Stilling nun einen neuen Vorschlag in die Diskussion ein: Eine größere Ausgabe von Svend Wiig Hansens Skulptur „Katedralen“ am Ort des 1945 in einer Aktion des nachträglichen Widerstands zerstörten preußi-*

*schen Siegesdenkmals soll an die Toten jener Schlacht von 18.4.1864 mahnen.*

Weniger Schüler lernen Friesisch in Schule und Kindergarten

Flensburg Avis, 29.10.2011

*Lernten im Schuljahr 2006/2007 noch 1231 Schüler an 24 Schulen in Nordfriesland Friesisch, ist die Zahl im laufenden Jahr auf 934 an nur noch 16 (darunter drei dänischen) Schulen gesunken. Die meisten dieser Schulen sind zudem reine Grundschulen, während es an weiterführenden Schulen noch weniger Friesischangebote gibt. Ein weiteres Problem ist die Schließung und Zusammenlegung mehrerer Schulen. Zudem müssen in der Regel mindestens zwölf Kinder Interesse bekunden, damit ein Friesischunterricht überhaupt zu Stande kommt.*

Berlin bringt 3,5 Millionen auf den Weg

Flensburg Avis, 31.10.2011

*Nachdem es zunächst gegensätzliche Signale gegeben hatte, sicherte der Bund wie im Vorjahr erneut eine Ausgleichszahlung von 3,5 Millionen Euro an den Dansk Skoleforening for Sydslesvig zu. Mit diesem Geld soll die Kürzung der Landesregierung bei den Zuschüssen pro Schüler auf 85 Prozent des Regelsatzes zumindest teilweise kompensiert werden. Hier gibt es nach wie vor keine Änderung. Zudem sorgten immer wieder Stimmen, welche die zwar tatsächlich privatrechtlich organisierten, aber für die Minderheit alternativlosen und somit einzig öffentlichen dänischen Schulen in Südschleswig mit alternativen Privatschulen gleichsetzen, für Unmut in den Reihen der Minderheit.*

Nur noch Hinterlandrazzien

Der Nordschleswiger, 1.11.2011

*Nachdem der Koordinationsausschuss des Folketings wie angekündigt die im Juli beschlossenen, heftig umstrittenen festen Grenzkontrollen (GFH 2/2011, S. 133 f. und 3/2011, S. 219 f.) auch formell wieder abgeschafft hat, kündigte der neue Steuerminister Thor Møger Pedersen an, dass man das eingesparte Geld nun verstärkt für Hinterlandkontrollen und die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern bei der Kriminalitätsbekämpfung einsetzen werde. In ganz Europa war die Entscheidung mit Erleichterung aufgenommen worden, und selbst die Bild-Zeitung titelte „Hurra, wir können wieder ohne Probleme nach Dänemark“. Auch der abgelöste Regierungschef Lars Løkke Rasmussen ging auf Distanz zum Vorhaben seiner Regierung und nannte es in erster Linie eine Angelegenheit der Dansk Folkeparti. Deren Chefin Pia Kjaersgaard konterte umgehend, dass die Vertreter von Venstre und Konservativen begeistert auf den Vorschlag ihrer Partei reagiert hätten (Nordschleswiger, 5.10.11).*

Region startet in eine Zukunft ohne Ballast

Flensburger Tageblatt, 2.11.2011

*Mit der Auflösung der bisherigen Regionalversammlung und der meisten ihrer Ausschüsse (ausgenommen der Kulturausschuss) tritt die Zusammenarbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig in eine neue Phase. Künftig gibt es einen Vorstand, in welchem die Spitzen der tragenden Gebietskörperschaften, aber auch z.B. die deutschen Nord- und dänischen Südschleswiger Sitz und Stimme haben.*

*Dieser tritt u.a. in einer „offenen Grenzlandkonferenz“ regelmäßig zusammen. Die Arbeit der Region wird unvermindert fortgesetzt. Diese wird nicht zuletzt dadurch erleichtert, dass sich das Regionskontor als feste Anlaufstelle seit Jahren etabliert hat und dass die EU die Interreg-Mittel für grenzüberschreitende Projekte von ca. sieben auf elf Mrd. Euro aufstocken will. Neben Kultur und Begegnung von Menschen bleiben die Bereiche Arbeitsmarkt, Schule und Jugend nach wie vor zentrale Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.*

### Senioren-Partnerschaft Husum-Hadersleben

Flensburger Tageblatt, 2.11.2011

*Ældrerådet Haderslev und die Altenbegegnungsstätte Husum feierten mit gegenseitigen Besuchen und Informationen über Aktivitäts- und Behandlungsmöglichkeiten das 10-jährige Bestehen ihrer grenzüberschreitenden Partnerschaft.*

### Soziale Arbeit aktiv unterstützt

Der Nordschleswiger, 8.11.2011

*Beim diesjährigen Deutschen Tag in Tingleff wurde besonderes Augenmerk auf die Würdigung ehrenamtlicher Arbeit gerichtet. Zudem sprachen sich die Festredner für die fortgesetzte Zusammenarbeit in der Region beiderseits der Grenze aus.*

### Das dänische Nein zum Euro kommt teuer zu stehen

Der Nordschleswiger, 8.11.2011

*Der dänische Arbeitgeberverband Dansk Industri (DI) macht auf der Grundlage neuer Studien darauf aufmerksam, dass Dä-*

*nemark in Europa seit dem Nein zur Einführung des Euro im Jahre 2000 (GFH 4/2000, S. 323) deutliche Marktanteile eingebüßt hat.*

### Kommunen für Beltbrücke

Der Nordschleswiger, 10.11.2011.

*In einer gemeinsamen Erklärung haben sich alle 22 süddänischen Kommunen für die baldige Errichtung einer dritten Querung über den Kleinen Belt ausgesprochen.*

### Großer Ausverkauf der Schulen in Nordschleswig

Jydske Vestkysten, 10.11.2011

*Nach der Schließung zahlreicher Volksschulen in den ländlichen Gebieten in Nordschleswig stehen viele der Gebäude nun zum Verkauf. Teilweise haben sich Bürgerinitiativen gegründet, um den Gebäuden vor Ort eine neue Nutzung zu geben, z.B. durch freie Jugendeinrichtungen. Vor allem geht es darum, beispielsweise die Sporthallen vor Ort weiter nutzen zu können. In Holebüll nördlich von Flensburg wurde die Schule unmittelbar nach ihrer Schließung durch eine von den Dorfbewohnern initiierte Privatschule ersetzt.*

### Neue Bahnverbindung über Nacht

Der Nordschleswiger, 11.11.2011

*Der Winterfahrplanwechsel bringt leichte Verbesserungen im grenzüberschreitenden Bahnverkehr. So soll der späteste Intercity aus Kopenhagen in Flensburg direkten Anschluss an den Regionalexpress nach Kiel bekommen. Zudem wird es eine neue Nachtverbindung zwischen Kopenhagen und Prag geben, von der in*

*Nordschleswig allerdings nur der Grenzbahnhof Pattburg als Haltepunkt profitiert.*

BDN dankt „kämpfenden“  
Bundestagsabgeordneten

Der Nordschleswiger, 12.11.2011

*Der Haushalt der Einrichtungen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ist für 2012 weitgehend gesichert. Von den 400.000 Euro Zuschuss für deutsche Sprachpflege in Skandinavien aus dem Budget des Auswärtigen Amtes soll auch Nordschleswig profitieren. Allerdings braucht der BDN auch ca. 460.000 Euro Überbrückungsgeld, um die Ausgaben zu decken, die noch entstehen, bevor die im Januar beschlossenen massiven Sparmaßnahmen wirksam werden (GFH 1/2011, S. 67).*

Aufatmen an der Universität:  
Wirtschaft bleibt

Flensburger Tageblatt, 12.11.2011

*Dank eines Zuschusses aus der regionalen Wirtschaft von jährlich 1,7 Mio Euro bleiben die zuletzt gefährdeten, teilweise mit der Syddansk Universitet kooperierenden Wirtschaftsstudiengänge der Flensburger Universität erhalten (GFH 4/2010, S. 321), ohne dass das Einsparungsziel der Landesregierung angetastet wurde.*

Museum Düppel zeigt: Für die  
Geschichte läuft es unglaublich gut  
Jydske Vestkysten, 12.11.2011

*Nachdem das Thema „Düppel 1864“ vor allem durch die Bestseller von Tom Buk-Swienty (GFH 1/2010, S. 77 und GFH 3/2011, S. 244) wieder in aller Munde ge-*

*kommen ist, stieg auch das Interesse an Besuchen am originalen Kriegsschauplatz. So erreicht das zwischenzeitlich stark ausgebaute Historiecenter Dybbøl Banke in diesem Jahr erstmals seit der Eröffnung wieder eine Besucherzahl von über 50.000. Dies ist allerdings noch immer weit entfernt von den 73.000 aus dem Eröffnungsjahr 1993 und von den Ambitionen vor der Eröffnung (GFH 2/2000, S. 151).*

Projekt „Panzerabwehrgraben“  
in Ladelund zum Abschluss  
gebracht

Eigener Bericht (jpl), 14.11.2011

*Seit 2009 läuft in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund ein breit angelegtes Projekt, in dessen Mittelpunkt der von den KZ-Häftlingen 1944 in Sklavenarbeit ausgehobene Panzerabwehrgraben steht (GFH 3/2010, S. 203 f., 2/2011, S. 117 f., 3/2011, S. 167 f.). Nachdem 2010 am ehemaligen Panzerabwehrgraben, wenige hundert Meter von der KZ-Gedenkstätte entfernt, eine monumentale Stele des Kölner Bildhauers Ansgar Nierhoff als Mahn- und Sühnzeichen enthüllt worden war, konnten am Volkstrauertag 2011 an gleicher Stelle ein vom Archäologischen Landesamt Schleswig-Holstein freigelegter Teilabschnitt des Grabens und eine Informationstafel der Öffentlichkeit übergeben werden. Zudem wurde ein im Husumer Verlag der Kunst erschienenes Buch präsentiert, das im Wesentlichen die drei in den Grenzfriedensheften publizierten Beiträge enthält und diese in gesammelter Form nun einem interessierten Publikum zugänglich macht. Damit hat das von der „Kommission Kunst im öffentlichen Raum“ des Landes Schleswig-Holstein initiierte „Projekt Panzerabwehrgraben“ seinen er-*

folgreichen Abschluss gefunden. Die Kette der sog. Alleinstellungsmerkmale der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund wurde so um wertvolle Glieder bereichert. An der Veranstaltung nahmen zahlreiche Gäste teil, unter ihnen der Bürgermeister mit mehr als 50 Einwohnern des niederländischen Ortes Putten, woher 110 der 300 Ladelunder KZ-Toten stammen. Zu den Rednern zählte der heute im Ruhestand lebende Pastor Harald Richter, dem der Ausbau der Ladelunder Gedenkstätte zu einem Ort internationaler Begegnung und historischer Vermittlung maßgeblich zu verdanken ist.

## Immer mehr Güterzüge durch Nordschleswig

Der Nordschleswiger, 19.11.2011

Obwohl der schienengebundene Güterverkehr innerhalb Dänemarks im ersten Jahrzehnt des noch jungen Jahrhunderts dramatisch zurückgegangen ist, steigt die Anzahl internationaler Güterzüge. Allein in Nordschleswig fuhr 23 Prozent mehr internationale Güterzüge als im gleichen Vorjahreszeitraum. Für Wirbel sorgten Gedanken des neuen Verkehrsministers Henrik Dam Kristensen, den zweigleisigen Ausbau des Streckenabschnitts Vamdrup-Woyens zunächst zurückzustellen und erst einmal die Strecke von Lunderskov nach Esbjerg zu elektrifizieren. Begründet wurde die Verzögerung mit der zu befürchteten zeitweiligen Vollsperrung der Strecke während des Ausbaus. Deshalb wolle man mit dem Ausbau warten, bis die feste Fehmarnbelt-Querung fertig ist, um den internationalen Verkehrsfluss nicht zu hemmen. Diese Idee stieß auf scharfe Ablehnung in der Region, zumal die Rekonstruktion des zweiten Gleises auf

der Gesamtstrecke schon 1995 beschlossen worden war, im Zuge der Elektrifizierung aber nur auf den Abschnitt Woyens-Tingleff beschränkt blieb. Vom zuletzt für 2019 angepeilten Ausbau des Nadelöhrs Pattburg-Tingleff war überhaupt nicht die Rede.

## Carstensen und Holst sagen erneut ja zueinander

Der Nordschleswiger, 22.11.2011

Beim Treffen des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein mit dem Regionsvorsitzenden von Syddanmark im Kollunder Hotel Fakkalgården ging es vor allem um die Themen Interreg-Förderung, Hochschulen und Gesundheit. Im letzteren Bereich wird es künftig deutschen Patienten möglich sein, den demnächst im erweiterten Apenrader Krankenhaus vorhandenen hochmodernen Tomographen für Krebsuntersuchungen zu nutzen.

## Schulen fallen in neuem Atlas durch Flensburg Avis, 22.11.2011

In einer neuen Vergleichsstudie zur Bildungsqualität in den einzelnen deutschen Städten und Landkreisen, die von der einflussreichen Stiftung des Bertelsmann-Medienkonzerns betrieben wurde, schneidet Schleswig-Holstein eher unterdurchschnittlich ab. Liegen die südschleswigischen Gebietskörperschaften in den Kategorien berufliche, persönliche und gesellschaftliche Bildung wie im Gesamtergebnis meist im dritten Viertel der Rangliste, stehen sie im Bereich schulische Bildung noch weiter hinten. Inwieweit solche Ranking-Ergebnisse aussagekräftig sind, ist nach wie vor umstritten (s. GFH 3/2011, S. 236 und 241).

Rennen um Kulturhauptstadt  
geht weiter

Flensburg Avis, 26.11.11

*Die erste Bewertung der Bewerbungen für den dänischen Vertreter als europäische Kulturhauptstadt 2017 beim dänischen Kulturministerium verlief für Sonderburg positiv. Die Sundstadt wird weiterhin von der Region beiderseits der Grenzen unterstützt. Der einzige Konkurrent Århus hat die erste Prüfung beim Ministerium ebenfalls bestanden und bleibt im Rennen, bis im kommenden Jahr die endgültige Entscheidung gefällt wird.*

Massive dänische Unterstützung für  
CO<sub>2</sub>-Protest

Flensburg Avis, 30.11.2011

*Nach zahlreichen privaten Personen und Initiativen haben sich nun auch die drei grenznahen dänischen Kommunen Tønder, Apenrade und Sonderburg dem Protest gegen die nach wie vor gehegten Pläne gegen ein unterirdisches Endlager für Kohlendioxid angeschlossen (GFH 4/2010, S. 322)*

ECMI will sich nicht in Tagespolitik  
einmischen

Flensburg Avis, 1.12.2011

*Das European Center for Minority Issues in Flensburg stellt sich gegen Forderungen aus den Reihen der dänischen Minderheit, dass das Institut bei der Landesregierung*

*wegen der einseitigen Einsparungen bei den dänischen Schulen intervenieren solle. Die Einrichtung werde weiterhin in erster Linie Forschung betreiben und auf Anfrage Gutachten erstellen. Zur Entwicklung am ECMI siehe auch den Beitrag von Tove Malloy in diesem Heft.*

TV 2 weiterhin gratis im deutschen  
Kabelfernsehen

Flensburg Avis, 2.12.2011

*Auch wenn das bisher öffentlich-rechtliche Fernsehprogramm TV 2 im Januar 2012 zu einem Bezahlfernsehen („Pay TV“) umgewandelt und in Dänemark nur noch von Abonnenten zu empfangen sein wird, wird es nach zähen Verhandlungen mit den Betreibern auch künftig im digitalen Kabelnetz südlich der Grenze zu sehen sein. Zeitweise war zu befürchten, dass der Sender ganz aus dem deutschen Programmbereich verschwinden würde (GFH 2/2011, S. 152).*

Spart Tausende von Kronen beim  
Lebensmittelkauf in Deutschland

Jydske Vestkysten, 5.12.2011

*Neue Vergleichsstudien bestätigen, dass die meisten Produkte des täglichen Bedarfs in Deutschland nach wie vor sehr viel billiger sind als in Dänemark. Dieser Abstand könnte sich durch neue Abgaben wie den geplanten Aufschlag auf gesättigte Fettsäuren in Lebensmitteln in Dänemark noch weiter verstärken.*



Dänische Geschichte Südschleswigs  
auf Deutsch

Lars N. Henningsen (Hrsg.)

Zwischen Grenzkonflikt und Grenzfrieden

Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein in Geschichte und Gegenwart

Studieafdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, Nr. 65, Flensburg 2011  
340 S., zahlreiche Abb.

Das vorliegende Werk war eigentlich schon lange überfällig. Es behandelt die Geschichte der dänischen Sprache und Gesinnung im südlichen Teil des ehemaligen Herzogtums Schleswig. Zwar gibt es bereits viel Fachliteratur zum Thema Minderheiten im Grenzland und erst recht zur regionalen Geschichte beiderseits der heutigen Staatsgrenze, doch wendet sich der überwiegende Teil dieser Arbeiten in erster Linie an ein Fachpublikum. Das nun vorliegende Werk zielt hingegen auf eine wesentlich breitere Leserschaft ab, und es will nicht schwierige Fragestellungen diskutieren, sondern in erster Linie einen Überblick verschaffen. Dabei handelt es sich um die teilweise überarbeitete und aktualisierte Übersetzung des bereits im Herbst 2009 erschienenen Bandes „Sydslesvigs danske historie“.

Die Verfasser Lars N. Henningsen, René Rasmussen, Martin Klatt und Jørgen Kühl haben alle bereits wichtige Untersuchungen zu Teilen dieser Geschichte geliefert, und das vorliegende Werk kann als Synthese sowohl der südschleswigschen Entwicklungen als auch der zentralen Forschungsfelder aus der bisherigen Arbeit

der Verfasser gesehen werden. Wobei auch zu bemerken ist, dass die Verfasser vornehmlich in einer dänischen Tradition schreiben, was sich auch in der thematischen Auswahl niederschlägt.

So schreibt Lars N. Henningsen über die Ursprünge des Herzogtums Schleswig, den Ripener Vertrag von 1460 und die Sprachverhältnisse sowie über die Sprachbewegung der 1840er Jahre bis zum 1. Schleswigschen Krieg. Die Vorgeschichte bis 1864 ist wichtig, ihre Einbeziehung in ein Werk über die dänische Minderheit lässt sich jedoch hinterfragen, bezieht sie doch die Gesamtbevölkerung des Herzogtums Schleswig anfänglich mit ein und suggeriert eine lineare Entwicklung bis hin zur heutigen dänischen Minderheit.

René Rasmussen übernimmt die Zeit im preußisch-deutschen Staatsverband ab 1864. Er schildert das dänisch-königstreue Vereinsleben im Kaiserreich und in den Jahren der Weimarer Republik sowie die Vereins- und Pressearbeit unter der NS-Diktatur. Erst nach 1864 lässt sich von einer dänischen Minderheit sprechen, also einer bewusst dänischgesinnten Bewegung mit im südlichen Landesteil meist niederdeutscher Alltagssprache. Viele ihrer Anhänger bemühten sich um das Erlernen des Dänischen, um den Kriterien nationaler Aufteilungen zu entsprechen.

Martin Klatt konzentriert sich auf die Zeit nach 1945 und die Anfänge des SSW, während Jørgen Kühl das Bild abrundet und die Minderheit nach den Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 schildert. Dabei untersucht er die Entwicklung der Identität der dänischen Minderheit zwischen dänisch-nationaler Tradition und neuer „Zweistromigkeit“.

Auch schwierige Themen wie das Verhältnis der Minderheit zu den Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg oder kontroverse interne Diskussionen zum Sprachgebrauch werden dargelegt. Es werden also auch eher unbequeme Themen angesprochen, aber den Grundstock bilden anerkannte Forschungsergebnisse, die gut lesbar dargebracht werden.

Dazu gehört auch, dass das Buch ansprechend gestaltet worden ist. Viele Fotos vor allem aus dem reichen Fundus des Archivs an der Dansk Centralbibliotek zeigen Szenen aus dem Alltag der Minderheit und bringen so das Leben der Bevölkerung nahe. Statistische Grafiken, beispielsweise zum Wahlverhalten, machen das Buch sehr abwechslungsreich.

Zentrale Begriffe der Grenzlandgeschichte werden klar erläutert (die Ausführungen zum Prager Frieden S. 52-53 seien hier besonders hervorgehoben). All dies verstärkt den Eindruck, dass sich die Verfasser um einen sehr viel breiteren Leserkreis als das fachwissenschaftliche Publikum bemüht haben.

Da Unterrichtsmaterialien zur Grenzlandgeschichte Mangelware sind, wäre es sicher eine Erwägung wert, Teile des Buches in der gymnasialen Oberstufe einzusetzen oder auch für andere Klassenstufen umarbeiten zu lassen. Da das Buch eine deutsche Übersetzung des dänischen Originals ist, wäre es sogar denkbar, das Material im Bereich der deutsch-dänischen Schülerbegegnung einzusetzen.

*Andrea Graw-Teebken*

Kasper Lægning u.

Badeloch Vera Noldus (Red.)

Skjulte skatte i grænselandet

Dansk bygningsarv i Slesvig og Holsten  
København: Bianco Luno, 2010. 296 S.,  
durchgehend ill.

Der großformatige Band ist die reich bebilderte Zusammenstellung verschiedener Beiträge zur Baukunst zwischen Nord- und Ostsee, mit denen die dänischen Verfasser das Augenmerk auf architektonische Zeugnisse früherer Zeiten richten, welche nicht zu allen Zeiten – und mitunter noch heute nicht – allgemein in ihrem kulturhistorischen Wert anerkannt worden sind. Dabei wird das in erster Linie dänische Publikum darauf aufmerksam gemacht, in welchem Maße auch südlich der heutigen Staatsgrenze für die dänische Kulturgeschichte bedeutende Bauwerke existieren. Hiermit werden insbesondere die vielfältigen kulturellen Verbindungen und Einflüsse nachgezeichnet, welche die Entwicklung einer dänischen Architektur geprägt haben.

Irreführend ist der Begriff „Grenzland“ im Titel, denn der geografische Rahmen dieses großformatigen Werkes bezieht sich nicht auf das alte Herzogtum Schleswig beiderseits der deutsch-dänischen Staatsgrenze. Nordschleswig wird nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt, während der Schwerpunkt auf dem heutigen Schleswig-Holstein plus Hamburg und Westmecklenburg liegt, wo sich ebenfalls viele Werke dänischer Architekten finden. Dies zeigt sich auch auf der Karte im hinteren Einband, auf welcher die dort gelegenen in den Texten erwähnten Herrenhäuser, Kir-

chen, Denkmäler und weitere Gebäude verzeichnet sind, nicht aber jene in Nord-schleswig. Dadurch erhält das Buch auf den ersten Blick eine etwas seltsame Perspektive. Diese wird allerdings schnell abgemildert, wenn man in die Texte einsteigt. In vielen Beiträgen wird durchaus gut vermittelt, wie fließend die Grenzen des Themas „Dänische Baukultur“ in Abgrenzung zu anderen Bautraditionen sind. Hierbei wird auch Nordschleswig wie erwähnt berücksichtigt und dann auch korrekt im Zusammenhang mit dem südlichen Landesteil behandelt. Gleich im ersten Beitrag weist Peter Dragsbo darauf hin, dass zu den „versteckten Schätzen im Grenzland“ eben auch die in Dänemark lange so geschmähte kaiserzeitliche Architektur gehört. Der Sonderburger Museumschef zeigt dabei deutlich, dass es im Landesteil nicht nur zahlreiche bemerkenswerte Bauwerke in historisierender (z.B. neugotischer), Jugendstil- und Heimatschutz-Bauweise nach zeitgenössischer (nord-)deutscher Linie gibt, sondern dass sich deutsche und dänische Architekten im Landesteil durchaus auch gegenseitig inspiriert und dabei viele interessante Gebäude geschaffen haben, welche ihr Umfeld bis heute prägen.

Im zweiten Beitrag bringt der heute in Groningen tätige britische Professor Gregory Ashworth einige generelle Überlegungen zum Umgang mit dem Begriff Kulturerbe und mit dem Kulturerbe selbst, in erster Linie mit jenem, das von der dominierenden Gruppe als abweichend empfunden wird. Mit Hilfe vieler Beispiele aus der Region weist Ashworth darauf hin, dass ein Kulturerbe kein einmal abgeschlossener Zustand sei, sondern dass es gerade in einer Region wie Schleswig immer wieder ergänzt und erweitert werden muss. Der 30-jährige Redakteur des Werks, Kas-

per Lægning, schließt sich mit einem Beitrag über Stadtplanung und Bauwerke (v.a. Herrenhäuser und Schlösser) der Renaissance und des Manierismus an. Der bereits international erfahrene Kunsthistoriker zeigt dabei überzeugend, wie sehr die noch heute eindrucksvollen Werke aus jener Zeit (z.B. Schloss Glücksburg, die Sonderburger Schlosskapelle oder die Stadtanlagen von Friedrichstadt und Glückstadt) von internationalem, u.a. holländischem Einfluss geprägt worden sind. Das Barockzeitalter ist Thema des folgenden Aufsatzes von Jens Fleischer, der sich hier vor allem mit Kirchen und Herrenhäusern auseinandersetzt, die vor allem durch das bevorzugte Baumaterial Backstein einen ganz eigenen Charakter erhalten haben. Jakob Aahauge beschäftigt sich mit der schon anfangs des 19. Jahrhunderts in die Region strömenden Neugotik.

In welchem Maß das alte Herzogtum Schleswig ein Mischgebiet verschiedener Einflüsse war und ist und dabei trotzdem Standort unverwechselbarer Stilarten wurde, zeigt besonders eindrucksvoll der zweite Beitrag von Peter Dragsbo. Sowohl ländliche als auch städtische Bautraditionen im alten Herzogtum Schleswig zeugen durch die Jahrhunderte bis ins 20. Jahrhundert hinein von diesen Besonderheiten, die natürlich auch von Einflüssen aus Nord und Süd geprägt wurden und werden. Bjarne Stoklund vertieft im folgenden Beitrag, wie sehr die ländliche Architektur aller Teile Schlesiws in der Zeit nationaler Auseinandersetzungen u.a. während der Kaiserzeit von den jeweiligen Gegenspielern als nationales Erbe vereinnahmt wurde. Noch stärker auf den Nationalitätenkampf geht Inge Adriansen mit ihrem Beitrag über die wechselseitige Entfernung nationaler Denkmäler der jeweils anderen Seite ein. Diesem Beitrag folgt ein elfseitig-

ger Abriss über die allgemeine Geschichte Schlewigs und Holsteins vom Mittelalter bis heute von Carsten Porskrog Rasmussen, mit klarem Schwerpunkt auf der territorialen und nationalen Entwicklung – recht traditionell in seiner Ausrichtung, aber hier in erster Linie zum besseren Verständnis der anderen Beiträge des Buchs gedacht, in welchen eben diese Entwicklungen eine Rolle spielen.

Ein Verzeichnis erhaltener Bauten dänischer Architekten südlich der Staatsgrenze bildet das nächste Kapitel. Diese Liste erscheint allerdings ziemlich willkürlich, denn hier werden sowohl zahlreiche Bauten aus vornationaler Zeit, Werke dänischer Baumeister aus der Zeit der nationalen Auseinandersetzungen (wie von L. A. Winstrup, der zwischen den beiden schleswigschen Kriegen Landesbaumeister für ganz Schleswig war) und dann mehr oder weniger bedeutenden Bauten dänischer Architekten seit 1945 aufgeführt. In Südschleswig sind dies vor allem Einrichtungen der dänischen Minderheit, südlich der Eider in erster Linie Monumentalbauten, die nach internationaler Ausschreibung von dänischen Architekten errichtet wurden.

Sehr gut ist hingegen der folgende detaillierte Kartenteil, mit dessen Hilfe die genannten Bauten in den großen Städten mühelos aufgefunden werden können. Es folgen noch Beiträge über einzelne Architekten, so die Meister des Klassizismus Christian Frederik Hansen, Joseph Christian Lilie und Axel Bundsen, die Mitte des 19. Jahrhunderts tätigen Baumeister Gottlieb Bindesbøll und Laurits Anders Winstrup sowie die Park- und Gartengestalter im frühen 19. Jahrhundert. In diesen Beiträgen werden viele früher oft geringgeschätzte Werke jener Zeit vorgestellt. Das 20. Jahrhundert wird unter dem Titel „Ge-

genseitigkeit in neueren Bauwerken“ durch den Architekten Michael Asgaard Andersen bearbeitet. Wird die Zeit nach 1920 mit ihren vielen bemerkenswerten Bauten nur kurz erwähnt, legt der Verfasser den Schwerpunkt auf die weit verbreitete Vorstellung, dass sich spezielle dänische Architektur vor allem durch Einfachheit und Funktionalität auszeichne und dass dies schon seit C.F. Hansen so gewesen sei. Dabei weist er nach, wie sehr gerade der wohl bekannteste dänische Architekt des 20. Jahrhunderts, Arne Jacobsen, von der deutschen Bauhaus-Bewegung inspiriert worden ist. Abgerundet wird der Band durch ein Schlusswort des Architekturprofessors Poul Ingemann.

Neben zahlreichen anschaulichen Übersichtskarten, historischen Aufrissen und älteren Fotografien wird die sehr gute Ausstattung vor allem durch die hervorragenden aktuellen Farbfotografien von Roberto Fortuna geprägt. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis, Kurzbiografien der im Buch erwähnten Architekten und ein Personen- und Ortsregister machen das Buch leicht zugänglich. Wenn auch mitunter die Projektion der heutigen Grenze in die vorationale Zeit und die manchmal nicht ganz nachvollziehbare Abgrenzung, wann ein Bauwerk nun als dänisch einzustufen sei, etwas störend wirken können, ist das Buch ein schöner Beitrag, um ein unterschätztes Kulturerbe besser verständlich zu machen. Eine überarbeitete deutschsprachige Fassung wäre wünschenswert, zumal es sicherlich auch auf deutscher Seite Nachholbedarf gibt, um solche „versteckten Schätze“ einer breiten Öffentlichkeit besser bekannt zu machen.

*Gerret Liebing Schlaber*

Carsten Jahnke /

Jes Fabricius Møller (Hrsg.)

1864 – og historiens lange skygger /  
1864 – und der lange Schatten der  
Geschichte

Husum: ihleo verlag, 2011. 360 S., zahlr.,  
z.T. farb. Abb.

Wer sich mit der Geschichte des deutsch-dänischen Grenzraumes seit dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts beschäftigt, sieht sich unweigerlich mit einigen zentralen Wegmarken der wechselvollen deutsch-dänischen Geschichte konfrontiert. Neben den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955, durch die das deutsch-dänische Verhältnis nach dem Zweiten Weltkrieg auf eine neue, zukunftsweisende Basis gestellt wurde, begegnen einem dabei immer wieder die militärischen Auseinandersetzungen der Erhebungszeit um die Mitte des 19. Jahrhunderts, die dänische Niederlage des Jahres 1864, die aus heutiger Sicht ebenso törichte wie kläglich gescheiterte restriktive Politik gegenüber den nationalen Minderheiten, die wir mit den Begriffen Danisierung bzw. Borussifizierung verbinden, ferner die Abstimmungen im Gefolge des Versailler Vertrages und die deutsche Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkrieges. All dies hat auf jeweils sehr unterschiedliche Weise Eingang in die Erinnerungskulturen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen nördlich und südlich der Grenze gefunden und wirkt zum Teil bis heute nach.

Die aus dänischer Sicht tiefsten Spuren hat von diesen Ereignissen zweifellos die Niederlage von 1864 hinterlassen, die wir

mit dem historischen Erinnerungsort Düppel verbinden. Diese Niederlage hat die Geschicke von Deutschen und Dänen im Grenzraum, aber vor allem auf der dänischen Seite auch weit darüber hinaus nachhaltig geprägt. Durch sie wurde Dänemark im wahrsten Sinne des Wortes ins Mark getroffen und regelrecht traumatisiert. Es verlor nicht nur die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg und die moderne Industriemetropole Altona, sondern es büßte seine vormals nicht unbedeutende Rolle auf der Bühne der europäischen Politik vollends ein und sah sich in seinen politischen Perspektiven hinfot auf die inneren Belange der Monarchie reduziert. Die Parole, dass man nun „nach innen gewinnen müsse, was man nach außen verloren habe“, hat die Mentalität eines ganzen Volkes nachhaltig geprägt. Dies und die Selbstverortung in der Opferrolle gegenüber dem übermächtigen preußisch-deutschen Gegner wirken bis heute nach. Das wird etwa darin deutlich, dass bei allen versöhnlichen deutschen Gesten der jüngeren und der jüngsten Zeit, was etwa die Initiativen zu Wieder- oder Neuaufstellungen von Denkmälern (Idstedtlöwe in Flensburg/Versöhnungsdenkmal in Düppel) und zu mehrsprachigen Ortsschildern im Grenzgebiet angeht, auf dänischer Seite stets gewisse Reserven gegenüber dem großen Nachbarn im Süden zu beobachten sind. Düppel ist und bleibt von daher ein ebenso reizvoller wie schwieriger Gegenstand für den Historiker, zumal er einerseits auf eine interessierte Öffentlichkeit hoffen darf, andererseits aber auch stets damit rechnen muss, von Politikern und Journalisten für ihre jeweiligen Positionen und Ziele vereinnahmt zu werden. Ganz anders südlich der Grenze: Dass die Ereignisse von Düppel in Deutschland weitgehend in Vergessenheit gera-

ten sind, ist nicht minder interessant als die dänische Inszenierung von Krieg und Niederlage im Museum auf den Düppeler Höhen – zumal das deutsche Vergessen keineswegs der allgemeinen Geschichtsvergessenheit geschuldet sein dürfte, sondern aus der Sache selbst resultiert, die im Gefolge der Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem geschichtlichen Bewusstsein verschwand bzw. aktiv aus ihm verdrängt wurde.

Vor diesem reich profilierten historischen Hintergrund, der sich leicht weiter ausschmücken und bis zu den jüngsten Diskussionen um die umstrittenen Grenzkontrollen erweitern ließe, ist es nur zu begrüßen, dass sich im November 2009 in Kopenhagen unter Federführung des SAXO-Instituts der Universität Kopenhagen deutsche und dänische Wissenschaftler im Beisein von diplomatischen Vertretern und Politikern zu einer internationalen Tagung trafen und gemeinsam über die 145 Jahre zurückliegenden Ereignisse von 1864 und den von ihnen ausgehenden „langen Schatten der Geschichte“ nachdachten. Die Beiträge zu dieser Tagung sind im vorliegenden, von Carsten Jahnke und Jes Fabricius Møller herausgegebenen Band im Druck erschienen. Dieser Band dürfte der künftigen Beschäftigung mit dem Gegenstand und – darüber hinaus – dem deutsch-dänischen Umgang mit einer als gemeinsames Vermächtnis verstandenen Vergangenheit den Weg weisen.

Nach einem dänischen und einem – inhaltlich leicht abweichenden – deutschen Vorwort der Herausgeber sowie einer kurzen Eröffnung von Finn Andersen, dem Generalsekretär des Dänischen Kulturinstituts, folgen insgesamt 19 von der inhaltlichen Gewichtigkeit wie vom Umfang her sehr unterschiedliche, zum Teil mit Literatur-

angaben und Anmerkungen ausgestattete Beiträge in dänischer und in deutscher Sprache, die in vier übergeordnete Abschnitte gegliedert sind. Diese Abschnitte tragen jeweils dänische und deutsche Überschriften und geben gleichsam Leitlinien für die perspektivische Annäherung an den Gegenstand vor: I. „1864 og politikken i dag / 1864 und die heutige Politik“, II. „Erindringspolitik / Erinnerungspolitik“, III. „1864 som traume / 1864 als Trauma“ und – nicht ohne eine gewisse Provokation im Unterton – IV. „De glemte 1864 / Das vergessene Jahr 1864“.

Im Reigen der Beiträge, deren Fülle an dieser Stelle keineswegs vollständig reflektiert werden kann, treten neben Dänemark unter anderem Preußen und Deutschland (Michael Salewski [†], „1864 – ein deutsches Trauma?“, S. 187-207), aber durchaus auch die Habsburgermonarchie (Gerd Stolz, „AEIOU – Alles Erinnern Ist Ohne Uns. Die verschwundenen Jahre der Donaumonarchie“, S. 305-320) in den Fokus der Betrachtung. Hierin spiegelt sich nicht zuletzt die Tatsache wider, dass 1864 „ganz bestimmt kein isolierter Krieg, sondern ein europäisches Ereignis“ war (Salewski, S. 195). Darüber hinaus finden sich in diesem Reigen ebenso historische Längsschnitte, die die großen Bögen der deutsch-dänischen Geschichte vom Mittelalter bis in unsere Zeit nachzeichnen (etwa bei Bernd Henningsen, „1864: Der lange dänische Weg der Niederlagen“, S. 121-144), wie Analysen unter Schwerpunktsetzungen zu speziellen Themen aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts (Henrik Skov Kristensen, „Vergangenheitsbewältigung og Fårhusmentalitet. Det tyske mindretal og retsopgøret“, S. 145-169), von denen einige den Gegenstand sogar bis in unsere eigene Gegenwart verfolgen (Michael Zilmer-Johns, „Deutschland und

Dänemark 20 Jahre nach der deutschen Einheit und 60 Jahre nach der Gründung der BRD“ (S. 43-47). Überlegungen zur Erinnerungskultur, zu Denkmälern, Jubiläen und im weitesten Sinne Symbolischem dürfen in einem Band, der den „Schatten von Düppel“ auch und gerade in seinen kulturhistorischen Dimensionen ausleuchtet, natürlich nicht fehlen. Sie werden etwa in den Beiträgen von Inge Adriansen („1864 – nederlaget i erindringskulturen“, S. 89-120), Nis Hardt („Dannevirke – et nationalt identitetssymbol“, S. 171-183), und Karl Christian Lammers („Politik mit der Erinnerung? Die Erinnerung an 1864 im Jahr der Hundertjahrfeier 1964“, S. 227-242) ausführlich gewürdigt.

Aufsätze von Jan Schlürmann zur Spätzeit des dänischen Gesamtstaates (S. 209-226), von Frank Lubowitz zum Vergleich von Düppel- und Oeversee-Tradition (S. 267-277) und von Carsten Jahnke zur Borussifizierung des schleswig-holsteinischen Geschichtsbewusstseins in den Volksschulen des Kaiserreiches (S. 279-304) sowie weitere Beiträge in deutscher und dänischer Sprache runden den anregenden, von der äußeren Aufmachung her akkurat gestalteten Band ab, der allerdings mit einem Personen-, Orts- und Sachregister ausgestattet noch wertvoller wäre.

Ob die Aussage, dass „1864“ seit 1989 endgültig Geschichte geworden sei (Henningens, S. 140), mehr als eine historische Momentaufnahme ist, dürfte nicht zuletzt davon abhängen, wie verantwortungsvoll Historiker und Politiker mit diesem schweren Vermächtnis umgehen. Immerhin stimmt es hoffnungsvoll, wenn davon die Rede ist, unsere nördlichen Nachbarn hätten nach Abschluss des deutschen Einigungsprozesses 1990 Augen reibend erfahren, „dass aus den mit Pickelhauben

bewehrten und eine Nazi-Politik verfolgenden Deutschen postnationale Kriegsgegner, Pazifisten und europäische Multilateralisten geworden waren“ (S. 140).

In diesem Sinne scheint der Weg vom Gegeneinander über das Neben- und Miteinander von Deutschen und Dänen konsequent zum Füreinander in internationaler Verantwortung zu führen. Die Auseinandersetzung mit den Ereignissen um Düppel und mit deren Einbettung in die Erinnerungskultur von Deutschen und Dänen kann dabei helfen, die Basis für ein gemeinsames Selbstverständnis zu bereiten, das die tiefen Risse der Vergangenheit nicht blind ignoriert, sondern sie als Teil einer wechselvollen deutsch-dänischen Beziehungsgeschichte begreift. Nicht zuletzt deshalb sei die vorliegende Veröffentlichung den Leserinnen und Lesern der Grenzfriedenshefte wärmstens zur Lektüre empfohlen.

*Detlev Kraack*

#### Rechtsabrechnung ab 1945

Henrik Skov Kristensen

Straffelejren

Fårhus, landssvigerne og retsopgøret

København: Nyt Nordisk Forlag, 640 S. ill.

Der Geschichtsabschnitt Fårhuslejren 1945-1949 des gleich hinter der Grenze gelegenen Straflagers wirft noch heute seine langen Schatten. Umso mehr füllt die Veröffentlichung einer ausführlichen Studie hierzu eine seit langem klaffende Forschungslücke. Dieser umfangreichen Aufgabe hat sich nun der Leiter des Frøsløvejrens Museum Henrik Skov Kristensen angenommen. Der Name des Lagers in der Frøsløer Hölzung nordwestlich von

Pattburg war nach dem Ende des Krieges geändert worden. 1944 war es als deutsches Polizeigefangenenlager in Dänemark auf Veranlassung der dänischen Regierungsbehörden errichtet worden, die damit die Deportation dänischer Staatsbürger in deutsche Konzentrationslager verhindern wollten. Mehrfach brach die deutsche Besatzungsmacht allerdings diese Übereinkunft und deportierte zahlreiche Gefangene aus diesem Lager u.a. ins KZ Neuengamme. Frøslevlejren wurde schon als „das merkwürdigste KZ überhaupt“ bezeichnet, spiegelt es doch die Besonderheiten der deutschen Besatzungspolitik in Dänemark wider. Die zweite Phase der Geschichte des dann in Faarhuslejren umbenannten Lagers ist gleichsam ein Ausdruck der dänischen Rechtsabrechnung nach dem Krieg – und nicht zuletzt ein Trauma für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig, denn deren Angehörige machten ca. zwei Drittel der etwa 4500 Insassen des Lagers aus.

Das Buch ist in drei große Abschnitte eingeteilt. Der erste Teil behandelt die Zeit vom 5. Mai bis 3. August 1945, als das Faarhus-Lager unter dem Kommando vormaliger dänischer Widerstandskämpfer gegen die Besatzungsmacht stand. Der zweite Teil umfasst die Folgezeit bis zur Auflösung des Lagers 1949, als die Verantwortung beim Direktorat for Fængselsvæsenet lag. Im letzten Teil setzt sich der Verfasser mit den Fragen nach Faarhus als Begriff und Symbol auseinander. Allerdings lässt sich diese Aufteilung nicht einfach durchhalten, denn immer wieder muss der Verfasser anmerken, dass er auf dieses und jenes zurückkommen werde. Dies zeigt, dass die Art und Weise der Anwendung des vorliegenden Quellenmaterials sich nicht immer in die gewählte Struktur einpassen lässt.

Die Zeit unter der offiziellen Gefängnisverwaltung nimmt den größten Teil des Buches ein. Für diesen Teil kann sich Henrik Skov Kristensen auf das umfangreiche Dienstarchiv der Lagerverwaltung stützen. Sehr viel spärlicher sind die Quellen für die Zeit unter der Leitung durch die Widerstandsbewegung, doch hier dokumentiert der Verfasser überzeugend, dass das Reglement des Lagers stark an jenes des Vorgängerlagers aus der Besatzungszeit angelehnt war. Diese Erkenntnis mag dem einen oder anderen sauer aufstoßen, doch muss man fairerweise fragen, ob es andere Möglichkeiten gegeben hätte. Schon unmittelbar nach der Kapitulation der deutschen Besatzungsmacht ergoss sich ein Strom von des Landesverrats verdächtigten Personen in das Lager, nicht zuletzt auf Grundlage der zuvor vom Frihedsråd erstellten Listen. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass frühere Lagerinsassen, die hier während der Besatzungszeit gefangen gehalten worden waren, in der ersten Zeit die Leitung des Lagers wahrnahmen. Von einem willkürlichen Umgang mit den Gefangenen konnte nicht die Rede sein. Aber es gab Fälle einer unnötig harten und strengen Behandlung, die Skov Kristensen mit der allgemeinen Stimmung erklärt, die nach der überstandenen Besatzung gegenüber den Kollaborateuren mit der Besatzungsmacht herrschte.

Mit der Übernahme der Lagerleitung durch die staatliche Gefängnisverwaltung setzte die Abwicklung der rechtlich bedenklichen Internierung ein, die man als Übergangslösung gefunden hatte, um die im dänischen Grundgesetz verankerte Bestimmung zu umgehen, wonach ein Angeklagter innerhalb der ersten 24 Stunden nach der Verhaftung einem Richter vorgeführt werden muss. Diese Grundregel konnte in den ohnehin wirren Monaten nach der Befrei-



ung angesichts der Vielzahl der Beschuldigten unmöglich eingehalten werden. Nun aber, ab August 1945, sollten die Internierten entweder freigelassen oder in eine offizielle Untersuchungshaft überführt werden. Die nicht Freigelassenen sollten also schnell einem Haftrichter vorgeführt werden, doch dies verzögerte sich in vielen Fällen aufgrund der nach wie vor großen Anzahl der Internierten und der Heterogenität der gegen sie erhobenen Vorwürfe. Als gesetzliche Grundlage für die Verurteilung war am 1. Juni 1945 eine Ergänzung des dänischen Strafrechts in Bezug auf Landesverrat und andere staatsfeindliche Aktivitäten. Diese Ergänzung war von Beginn an, aber auch in der späteren Zeitgeschichtsforschung umstritten, da sie rückwirkend auf die Besatzungszeit angewendet wurde. Der Freiheitsrat und viele Politiker waren dafür eingetreten, dass die Ordnung für Fälle ab dem 29. August 1943 angewendet werden sollte, als die Regierung zurücktrat und die bisherige Politik der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht endgültig zusammenbrach. Doch die Widerstandsbewegung konnte durchsetzen, dass das Gesetz rückwirkend ab dem Tag der Besetzung am 9. April 1940 gelten sollte. Vor dem Hintergrund dieser rechtlichen Problematik gibt es in Skov Kristensens Buch auch einen Abschnitt über die Einrichtung besonderer Strafvollzugsanstalten, von denen das Faarhus-Lager die mit Abstand größte war. Das Direktorat für das Gefängniswesen setzte Cuno Gjerstrup als Lagerleiter ein. Zuvor war er bereits Inspektor am Internierungslager Horserød auf Nordseeland gewesen, das zeitweise ebenfalls von der Besatzungsmacht genutzt worden war. Der Verfasser führt deutlich und gut nachvollziehbar aus, dass es Gjerstrups geschichtliches Los war, zwei

der am heftigsten umstrittenen dänischen Gesetze des 20. Jahrhunderts zu handhaben – nämlich erst die Internierung der dänischen Kommunisten aufgrund einer von der Besatzungsmacht geforderten, aber von der dänischen Gesetzgebung verabschiedeten Bestimmung, und dann die Gefangenschaft der angeklagten Landesverräter nach der Besatzungszeit. Cuno Gjerstrup ist die zentrale Person in der vorliegenden Darstellung, und vieles wird aus seiner Perspektive wiedergegeben.

Ein zentrales Thema im Buch ist das Verhältnis zwischen der Lagerleitung, dem Direktorat für das Gefängniswesen und dem Justizministerium. Bedauerlicherweise hat es Henrik Skov Kristensen versäumt, die Archive dieser Zentralbehörden zu benutzen. Zwar benennt er häufig die Standpunkte von Direktorat und Ministerium, doch werden diese nur so wiedergegeben, wie sie sich im Archiv des Lagers widerspiegeln.

Ein anderes methodisches Problem ist der Umgang mit den Porträts von Lagerinsassen. Individuelle Berichte über Gefangene füllen über 100 Seiten des Buches. Henrik Skov Kristensen führt selbst an, dass der Zweck dieser Porträts nicht ist, statistische Daten erheben und Schlüsse auf soziologische, politische oder juristische Fragestellungen ziehen zu können, sondern lediglich die Vermittlung der Bandbreite der Gefangenen und ihrer Taten. Dies erscheint mir methodisch allerdings nicht zureichend. Wenn er nun schon die Tausende von Fällen durchgegangen ist, würden sich Analysen im oben genannten Sinne geradezu anbieten, und die Gefangenenporträts hätten dann wesentlich mehr zu den Ergebnissen der Gesamtuntersuchung beitragen können. Vielleicht ist der Verfasser von dem interessanten Quellenmaterial geradezu überwältigt ge-

wesen, denn es soll nicht verschwiegen werden, dass sich die Porträts sehr spannend lesen lassen und dass man von den oftmals ergreifenden Beschreibungen, die der Urteilsfindung zu Grunde lagen, emotional immer wieder berührt wird. Mit dem Fehlen jedweder statistischer Untersuchung hat sich der Autor leider den Weg zu tiefer schürfenden Analysen seiner umfangreichen und zweifellos verdienstvollen Arbeit verbaut.

Der Alltag im Lager wird detailliert beschrieben. Wir hören von den Regulativen über Untersuchungshaft und Strafvollzug und wie diese in die Tat umgesetzt wurden, von Disziplinarmaßnahmen, über die tägliche Arbeit, Freizeit und die kirchliche und ärztliche Versorgung, das Verhältnis der Gefangenen untereinander und die Bestrebungen nach baldiger Freilassung. Henrik Skov Kristensen vergleicht wiederholt persönliche Berichte – die oft erst viel später niedergeschrieben worden sind – mit den aus den zeitgenössischen Quellen ersichtlichen Informationen. Stück für Stück entschleiern er auf diese Weise die Mythen von den schlimmen Verhältnissen im Lager, welche sich lange in der deutschen Minderheit halten sollten. Auf der anderen Seite mögen einem heute manche rigiden Richtlinien aufstoßen, die allerdings mehr über das dänische Strafvollzugswesen im allgemeinen um 1945 aussagen als über eine besonders harte Behandlung der Gefangenen im Faarhus-Lager.

Henrik Skov Kristensen stellt fest, dass die Angehörigen der Minderheit nach rechtsstaatlichen Grundsätzen behandelt worden sind, indem jeder einzelne Angeklagte seinen Fall von einem ordentlichen Gericht untersucht bekam und indem sich die vollzogenen Urteile auf konkrete Handlungen und nicht auf persönliche Einstellungen bezogen. Im internationalen Ver-

gleich mit anderen deutschen Volksgruppen, welche vor allem in Ländern, die eine sehr viel härtere Besatzung erlebt hatten als Dänemark, einer kollektiven Bestrafung ausgesetzt wurden, aus ihrer Heimat vertrieben wurden, um ihr Leben fürchten mussten und deren Existenz als eigene Volksgruppe ausgelöscht werden sollte, wurden die deutschen Nordschleswiger moderat behandelt.

Damit hat der Verfasser eine solide Grundlage aufgebaut, um sich der Bedeutung von Faarhus als Symbol und Begriff zu widmen. Gleich nach Erscheinen erregte das vorliegende Buch viel Aufsehen im Landesteil. Auf diese Diskussion soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Doch ist es erfreulich, dass gerade aus der deutschen Volksgruppe selbst viele Stimmen sich zu Wort meldeten, die sich von dem Selbstverständnis jener Personen distanzieren, die sich ausschließlich in der Opferrolle gefielen, welche auf der Behauptung KZ-ähnlicher Zustände im Faarhus-Lager beruhte. Tatsächlich hat diese „Faarhus-Mentalität“ lange eine mitunter geradezu klaustrophobische Verbitterung über das Schicksal der Minderheit bewirkt, die ihrerseits eine gründliche Aufarbeitung der Nazifizierung weiter Teile der Volksgruppe ab Mitte der 1930er Jahre über lange Zeit hinweg verhinderte.

Im Grenzland ist die Tatsache durchaus bekannt, dass nicht wenige zentrale Figuren der deutschen Minderheit aus der NS-Zeit auch nach 1945 wieder hohe Posten in der Volksgruppenvertretung bekleideten, aber für einen Leser von nördlich der Königsau ist es doch ein recht wenig schmeichelhaftes Bild, das hier von der Leitung der deutschen Minderheit nach 1945 durch Henrik Skov Kristensen aufgezeigt wird. Dies betrifft gerade die oft betonte Schicksalsgemeinschaft, die aus einer ungesun-

den Mischung aus einer Verharmlosung, ja mitunter Glorifizierung des Einsatzes für Deutschland im Zweiten Weltkrieg und aus dem Mythos einer unschuldig kollektiv bestraften Gruppe während der dänischen Rechtsabrechnung – symbolisiert durch die Internierung im Faarhus-Lager – genährt wurde. Bei nicht wenigen deutschen Nordschleswigern jener Generation brannte sich dies geradezu ins kollektive Bewusstsein ein – ein Bewusstsein, dessen Grundlagen Henrik Skov Kristensen mit seinem Werk widerlegt. Somit hat der Museumschef eine wichtige Forschungslücke geschlossen, und der nächste Schritt wird sein, dass die Geschichte der Jahre des Faarhus-Lagers in Frøslevlejrens Museum noch stärker berücksichtigt wird.

*Peter Fransen*

Übersetzung: Gerret Liebing Schlaber

### Flüchtlinge und Vertriebene

Hermann Heidrich /  
Ilka E. Hillenstedt (Hrsg.)

Fremdes Zuhause – Flüchtlinge und  
Vertriebene in Schleswig-Holstein  
nach 1945

Neumünster: Wachholtz Verlag 2009,  
256 S.

12 Millionen Vertriebene gelangten nach dem Zweiten Weltkrieg in den Westen Deutschlands. In keiner Region war ihr Bevölkerungsanteil so hoch wie in Schleswig-Holstein, wo die Einwohnerzahl um rund 70 Prozent anstieg. Das vorliegende Buch bietet einen repräsentativen Überblick über die Situation der aus ihrer Heimat geflüchteten oder Vertriebenen an ih-

ren neuen Wohnorten. 17 Aufsätze erzählen von den unterschiedlichsten Facetten des Lebens der Vertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein und betrachten deren Erfahrungen der ersten Nachkriegsjahre aus allen erdenklichen Blickwinkeln. Das Ergebnis ist ein ansprechender Ausflug in die Lebenswelt entwurzelter Menschen und ihre neuen Lebensumstände und macht die Bedeutung der noch heute existierenden ostdeutschen Heimatvereine verständlich. Der Schmerz, die Trauer, aber auch die sich herausbildende Zuversicht der folgenden Generationen in Verbindung mit dem bleibenden Stolz auf ihre Herkunft und Tradition treten dem Leser anschaulich gegenüber. Dabei hat auch die Sichtweise der einheimischen Bevölkerung in dem Band ihren Platz.

Das Buch ist als Begleitband zu einer Ausstellung im Freilichtmuseum Molfsee über Flüchtlinge und Vertriebene in Schleswig-Holstein nach 1945 erschienen. Die Kuratorin und Mitherausgeberin Ilka E. Hillenstedt zeigt in ihrem Beitrag „Meine goldene Jugendzeit endete mit neun Jahren – Flüchtlingskinder in Schleswig-Holstein“, wie leicht es vielen Flüchtlingskindern fiel, sich im Laufe der Zeit in die neue Umgebung zu integrieren, während Erwachsene mitunter darunter litten, alles verloren zu haben – ihren materiellen Besitz, den sozialen Status, die gewohnte Umgebung. Ebenso behandelt Hillenstedt die Differenz zwischen Heimat und Zuhause – passend zum Titel des Buches.

Deutlich wird durchgehend, dass die Flüchtlinge in der Anfangsphase auf eine Rückkehr in ihre Heimat hofften. Doch als mit der Zeit immer klarer wurde, dass dieser Wunsch sich nicht erfüllen würde, mussten dauerhafte Lösungen für das Wohnraumproblem ersonnen werden. Darauf geht Dieter-Jürgen Mehlhorn, Ar-

chitekt und Stadtplaner, in seinem Beitrag über „Wohnungsbau in den 1950er Jahren“ ein. Anhand zweier Beispiele aus Neumünster und Flensburg zeigt Mehlhorn die unterschiedliche Ausrichtung der Wohnungsbauprojekte während der Nachkriegszeit im Spannungsfeld zwischen konservativer und moderner Bauweise auf. „Die Sprache wirkt wie ein Fingerabdruck“ – der Titel des Aufsatzes von Reinhard Goltz, der u.a. als Geschäftsführer des Instituts für Niederdeutsche Sprache tätig ist – macht bereits deutlich, dass es erneut um Ausgrenzungs-, Abgrenzungs-, aber auch Integrationsmerkmale geht. Erfahrungsberichte von Zeitzeugen, die zum Beispiel durch das Beherrschen des Plattdeutschen Anerkennung fanden, runden den Beitrag ab. Auch hier kommt wieder die Hoffnung auf die Rückkehr in die Heimat zum Tragen, wenn die Vertriebenen anfänglich ihre Mundart bewusst weiter pflegten. Aber auch Anpassungsversuche kommen zur Geltung. Hier wird deutlich, dass es unter den Vertriebenen keine stereotypen Verhaltensmuster gab.

In dem Aufsatz „Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in die Landwirtschaft“ von Klaus-J. Lorenzen-Schmidt kommt das Dilemma der vertriebenen Bauern zum Vorschein, die ehemals selbstständig, sich plötzlich als Landarbeiter verdingen mussten. Der Beitrag zeigt, um die Flüchtlingsthematik ins große Ganze einzufügen, auch die unterschiedlichen Positionen der großen Parteien in Bezug auf die Landwirtschaft auf.

Zu diesen Beiträgen, die sich mit der Integration in die neue Heimat befassen, gesellen sich bemerkenswerte Beiträge zu wirtschaftlichen Aspekten. Die Rolle der Ostseefischer wird ebenso beleuchtet wie die Trakehner Pfedezucht.

Die Kirchen waren mancherorts in Schles-

wig-Holstein plötzlich doppelt so voll, wie Marion Wetzel in ihrem Beitrag „Die Integration der Flüchtlinge in die evangelischen Gemeinden nach 1945“ zeigt. Flüchtlinge brachten ihre ganze Familie mit zum Gottesdienst, was bei den Einheimischen eher nicht Sitte war, und es hieß eine neuartige Lebendigkeit Einzug in die Gotteshäuser. Durch anhaltende Diskriminierungen blieben die Flüchtlinge in einigen Gemeinden dem Kirchgang fern. Andererseits fühlten sich viele Neuankömmlinge wegen der Andersartigkeit der Gottesdienste dort nicht wohl. Die unierte und lutherische Kirche unterschieden sich durch andere Riten, andere Gesänge. 1954 wurde eine neue Gottesdienstordnung erlassen, die den Flüchtlingen in mancher Hinsicht entgegenkam, dafür jedoch die Einheimischen zunächst befremdete.

Der interessierte Leser bekommt einen Querschnitt durch alle Facetten des Lebens der Vertriebenen und Flüchtlinge in ihrer neuen Heimat. Als gelungen muss also die Beleuchtung des Erlebten aus verschiedenen Perspektiven, hier und da angefüllt mit Schilderungen Betroffener, bezeichnet werden. Das Buch zeigt auch die oft differierenden Empfindungen und vielschichtigen Erlebnisse, wobei sich Eindrücke und Empfindungen der Zeitzeugen kaum verallgemeinern lassen. Reflektiert wird auch immer wieder die Veränderbarkeit von Erinnerungen mit zunehmendem Lebensalter und die Rolle des Alters zum Zeitpunkt des Erlebens. Auch unter diesem Aspekt ist der Band interessant, da doch diesen quellenkritischen Problemen auch in anderen Zusammenhängen eine hohe Bedeutung zukommt.

Dem Band liegt ein 45-minütiger Dokumentarfilm bei, der das Gelesene visuell eindrucksvoll abrundet.

*Franziska Mumm*

Knud Andresen

Schleswig-Holsteins Identitäten

Die Geschichtspolitik des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes 1947-2005

Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins Bd. 115, Neumünster 2010, 390 S.

Nachdem ab 2003 sieben Jahre lang keine neuen Bände in der renommierten Reihe „Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins“ erschienen waren, legte die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinsche Geschichte in den Jahren 2010/11 mit den Bänden 114-116 wiederum drei wissenschaftliche Publikationen vor. Dem Redaktionsteam um Prof. Dr. Detlev Kraack sei für die erfolgreiche Wiederbelebung vorab gedankt.

Der hier zu betrachtende Band 115 beleuchtet dabei ein interessantes, bislang nicht in monographischer Tiefe aufgearbeitetes Kapitel aus der jüngeren Regionalgeschichte. Begleitet durch Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl als Doktorvater, rekonstruiert Knud Andresen in seiner 2007-2009 erarbeiteten und 2010 als Dissertation an der Universität Kiel eingereichten Arbeit Aufstieg, Scheitern und Wandel des „Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes“ (SHHB) als „Erinnerungsakteur“ und Identitätsbildner eines kultur-historischen „Landesbewusstseins“ im neu geschaffenen Bundesland Schleswig-Holstein von der Nachkriegszeit bis zur Jahrtausendwende.

Der Rezensent hat sich in grauer Vergangenheit selbst einmal mit einem Vorläufer-Verband, dem „Schleswig-Holsteiner-Bund“ und dessen Wirken in den Jahren

1920-1933, abgemüht. Begrüßt wird daher die zeitliche Fortführung durch Knud Andresen, dem ob seiner ausgreifenden Quellen- und Literatursichtung zudem wohlverdienter Respekt gezollt sei. Jedoch wählt Andresen dank neuer erkenntnisleitender Prämissen eine andere Zielsetzung und damit Herangehensweise an seinen Betrachtungsgegenstand, wie er im Einleitungskapitel darlegt (S. 11-31). Es geht ihm um die „Geschichtspolitik“ des SHHB, nicht um dessen Gesamtgeschichte. So begrenzt Andresen seine Untersuchung auf die Führungsebene des SHHB und klammert dessen Untergliederungen aus. Nicht behandelt wird die Verbandszeitschrift „Schleswig-Holstein“, da „relativ eigenständig geführt“, ebenso nicht das vom Heimatbund initiierte Freilichtmuseum Molfsee, da „einer eigenständigen Studie“ wert.

Die „Geschichtspolitik“ durch die SHHB-Führungsspitze, in Sonderheit also durch Vorstand, Vorsitzenden und Geschäftsführer als Wegbahner einer „Trägergemeinschaft“, rekonstruiert und interpretiert Andresen entlang der sozio-kulturellen Thesen vornehmlich von Edgar Wolfrum, Christoph Cornelißen, Aleida und Jan Assmann sowie Maurice Halbwachs.

Ein interessanter Ansatz, der in vier Prämissen mündet: Erstens gilt es, die komplexe Wechselwirkung zwischen Politik und Geschichte wahrzunehmen, zweitens die Tiefenwirkung von Geschichtspolitik zu eruieren, drittens Einzelpersonen als Teil einer Wir-Gemeinschaft zu – bzw. unterzuordnen, welche viertens ihrerseits durch ein „Narrativ“ in gegenseitiger Selbstversicherung fundiert wird bzw. eingehegt ist. Die thematische Durchdringungsarbeit erfolgt sodann in einem Dreischritt:

a) Konstituierung der Ausgangssituation samt Zielperspektive der Akteure,

b) Konstruktion und Vermittlung des „geschichtspolitischen Produkts“ anhand der Parameter „Anschlussfähigkeit“, „Kommunikationsreichweite“ und „Attraktivität“

c) finaler Abgleich zwischen Ursprungs-Intention und Wirkungsergebnis.

Entsprechend gliedern sich die nachfolgenden Kapitel. Vorangestellt wird ein Rückblick auf die „Schleswig-Holsteinische Erinnerungskultur bis 1945“, in dem vielleicht ein kurzer Rekurs auf das „Reichsprotectorat Ostland“ als schleswig-holsteinische Domäne hätte ergänzt werden können (S. 33-51). Im Hauptkapitel wird sodann, gegliedert in fünf Zeitphasen, Etablierung, Propagierung, Fortschreibung und Revision der SHHB-spezifischen „Geschichtspolitik“ von 1947 bis 2005 dargestellt.

Die frühe Zeitphase begrenzt Andresen auf die Jahre vom Kriegsende (1945) bis zum forcierten Abgang des SHB-Vorsitzenden Schenck (1952). Vor dem Hintergrund der massiven Flüchtlingszuwanderung, einer insbesondere in Grenznähe weitflächigen neudänisch-separatistischen Majorität und dem Verlust der zuletzt obwaltenden deutschen Meister-Erzählung einer nationalsozialistischen Volksgemeinschaft bewirkten Rudolf Muuß, Richard Schenck, Dr. Hanno Schmidt und Theodor Steltzer am 25. Januar 1947 die Gründung des „Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes“ (SHHB) als landespolitischer Bannerträger einer behaupteten deutsch-schleswig-holsteinischen „Heimatgemeinschaft“ mit starkem Akzent auf dem seinerzeitigen deutsch-dänischen Grenzkampf. Zwecks historischer Fundierung, medialer Verbreitung und politischer Flankierung dieses Konstrukts rekrutierten sich die SHHB-Führungsgremien aus entsprechend disponierten deutschen Aktivisten und Mandatsträgern – unter Einschluss

einiger Sozialdemokraten. Zulassungsvorgaben der britischen Besatzungsmacht sowie Einflussnahmen der SPD-Landesregierung unter Lüdemann begrenzten das Wirkungsfeld des SHHB rasch auf die geschichtspolitische Dimension, etablierten die Vereinigung damit aber als diesbezüglich überparteiliche Wirkungsinstanz unter Einschluss von Landes-Alimentierungen (S. 53-119).

Mit der Übernahme des Vorsitzes durch Dr. Hanno Schmidt (1952) rückte die bis dahin vom SHHB gepflegte „Abwehr“-Rhetorik samt Grenzland-Fokus allmählich ins zweite Glied. Die Zeitphase bis 1960 betonte stattdessen eine weiträumigere Bezugnahme auf das gesamte Bundesland unter nun vorrangiger Propagierung eines „deutschen Nationalbewusstseins schleswig-holsteinischer Prägung“. Dies absorbierte die zunächst noch in eigenen Verbänden und Parteien organisierten Flüchtlinge und Vertriebenen und diente so nicht zuletzt dem amtierenden machtpolitischen Partner, der CDU-Regierung unter Lübke. Zudem erlaubte die Anerkennung der „Kieler Erklärung“ von 1949 bei allerdings gleichzeitiger Beibehaltung der Unterscheidung von „echter“ und „unechter“ dänischer Minderheit der verbalen Wegbahnung hin zur „Brückenland“-Tradition, der Schleswig-Holstein mit Blick auf den gesamten skandinavischen Norden eigen sei.

In schulische Lehrpläne gegossen, etablierte sich so ein Narrativ, das vom deichbauenden Friesen bis zum Flüchtling als Abkömmling der „deutschen Ostkolonisation“ die heterogene Einwohnerschaft des nördlichsten Bundeslandes in einer „Trägergemeinschaft“ verbinden sollte. Dahinter stand der historistische Gedanke, dass auch ein demokratisch und frei gedachtes Individuum moralisch seinem volklich-nationalen Herkommen verpflichtet bleibe, un-

abhängig von seiner sozio-ökonomischen Befindlichkeit.

Andresen zeigt aber auch, dass weitere Aufladungen wie die Unterlegung der Ripen-Feier (1960) mit einem deutsch-deutschen Wiedervereinigungs-Postulat eher retardierende Wirkung entfalteten: Was der SHHB hier an staatstragender Statur gewann, verlor er an der Basis in Sachen Anschlussfähigkeit und Attraktivität (S. 121-178).

Hinzu trat ein gesellschaftspolitischer Wandel. Für die Jahre 1960-1974 rekonstruiert Andresen sehr anschaulich das Hervortreten einer „Generationengrenze“ auch in Schleswig-Holstein, die gleichsam als Wasserscheide für die Anschlusskräfte kollektiver Narrative wirkte. Die von Hanno Schmidt angestoßene integrative Erweiterung des Narrativs um eine europäische Mittlerfunktion offenbarte in der Debatte um den Ildstedt-Löwen 1962 sowie 1964 bei Feiern „100 Jahre Düppel“ eine Kluft zwischen Vermittler und peer-group. Unter Peter Petersen erfolgte daher ab 1964 eine Rücknahme der „partiellen Modernisierung“. Dadurch geriet der SHHB jedoch zunehmend „außer Rufweite des Zeitgeistes“. Exemplarisch deutlich wurde dies 1970 bei der 50-Jahr-Feier zu den 1920er-Abstimmungen, als der sozialdemokratische Bundespräsident Heinemann als Festredner in Flensburg unmissverständlich die neuen Narrative des bundesdeutschen Aufbruchs hervorhob.

Der neuen Ostpolitik und dem Eintritt Dänemarks in die EWG stand der SHHB konzeptionell ratlos gegenüber, während nun die Landesregierung selbst zunehmend konstruktgestaltend agierte (S. 179-240). Dr. Werner Schmidt gelang es ab 1974, die faktische Marginalisierung des SHHB als Erinnerungsakteur durch innovative Konzepte sowie die eindeutige Positionierung

des Heimatbundes an der Seite der CDU-Landesregierung in bemerkenswert kurzer Zeit zu überwinden. Mit dem „Schleswig-Holstein-Tag“ fanden Staatskanzlei und SHHB ein Vermittlungsformat, welches alljährlich die drei Elemente des formierten Landesbewusstseins breitenwirksam transportierte: die geschichtliche Zusammengehörigkeit in deutscher Perspektive, sodann den allein von Einheimischen und Flüchtlingen als Opfergemeinschaft vollbrachten Wiederaufstieg aus den „Kriegswirren“ und schließlich die „modellhafte“ Befriedung des Grenzkampfes zugunsten einer Mittlerfunktion der Minderheiten. Begünstigt durch eine gesellschaftliche Nostalgie-Welle und neue Rückbezüglichkeiten auf das soziale und ökologische Nahfeld erfuhr der bald um Natur- und Landschaftspflege erweiterte „Heimatbund“ einen erheblichen Mitgliederzuwachs. Andererseits vermochte er kritische Narrative wie den Anti-AKW-Protest sowie die anhebende NS-Forschung nicht zu integrieren. Zu sehr war die Führung des Bundes auf ihr eigenes konservatives Modell festgelegt und der SHHB mit seinen zunehmend etablierten Vermittlungsstellen abhängig von den nun reichlich fließenden Landesmitteln der Stoltenberg-Regierung. Im Zuge der ab 1983 anhebenden Reihe wiederkehrender 50-Jahrestage des NS-Regimes verstrickte sich der SHHB in heftige öffentliche Geschichts-Debatten, die seine geistige Wagenburg-Mentalität offenbarten, wissenschaftlich so nicht zu gewinnen waren und die allgemeine Anschlussfähigkeit an sein Identitäts-Konstrukt untergruben (S. 241-292). Schon unter Barschel (S. 292-304) und gänzlich dann unter der Engholm-Regierung ab 1988 büßte der SHHB dadurch seine politische Auxiliarfunktion für die Landesregierung ein. Deren Zuschüsse

wurden in der nachfolgenden Transformationsphase radikal gekürzt und zudem mit Auflagen verbunden. Von der Neufassung schulischer Lehrpläne blieb der Bund ausgeschlossen. Weitere Handlungskraft und Wirkungsbreite verlor der Heimatbund durch den Tod seines geistigen und organisatorischen Kopfes Werner Schmidt (1990). Seinem Nachfolger Uwe Ronneburger (1991) gelang es zudem nicht, den eigenständig agierenden, rechtskonservativen SHHB-Geschäftsführer von Leesen zu neutralisieren. Nutznießer dieser Selbst-Ghettoisierung war nicht zuletzt die Staatskanzlei, die den „Schleswig-Holstein-Tag“ in ihrem Sinne umformte, dehistorisierte und dessen zuvor quasi-hoheitlichen Feiertags-Charakter beendete (S. 307-336).

Erst mit der Geschäftsführung durch Dr. Willy Diecks (1994) gelangte der Bund zu einem neuen, sich zurücknehmenden Selbstverständnis als Angebots-Forum durchaus heterogener Partikular-Identitäten – unter gleichzeitiger Zurücknahme historischer Narrative zugunsten sprachlicher sowie volks- und naturkundlicher Akzentsetzungen. Mit dem Leitgedanken einer „Heimat der Vielfalt“ fand der SHHB so auch den Wiederanschluss an die SPD-Landesregierung, welche unter Heide Simonis durchaus an einem so gearteten „Landesbewusstsein“ interessiert war (S. 307-354).

Einerseits, so das Fazit von Knud Andre-

sen, besiegelte dies die Niederlage des SHHB als formierende Kraft jener einen, historisch hergeleiteten deutsch-schleswig-holsteinischen Landesidentität. Andererseits korrelierte dieser Funktions-Niedergang mit einer ohnehin gesamtgesellschaftlichen Abkehr von geschichtlichen Identitätsbezügen zugunsten soziologischer Kollektiv-Determinanten. Beides, Niedergang und Wandel, ermöglichte dem nun polyvalenten SHHB erst eine glaubhafte neue Anschlussfähigkeit, deren bis heute anhaltende Wirkungsbreite durchaus als Erfolg gedeutet werden kann (S. 355-370).

Der Rezensent meint: Die Arbeit von Andresen ist uneingeschränkt lesenswert. Sie rekonstruiert Inhalt und Absicht der wechselnden Konstrukte nicht zuletzt machtpolitisch funktionaler schleswig-holsteinischer „Landesidentitäten“ seit 1947. Zugleich decouvriert Andresen allgemeingültige Mechanismen von „Geschichtspolitik“ und liefert dadurch einen willkommenen Beitrag zur souveränen Entkrampfung auch manch aufgeladener Aktualdiskussion, nicht zuletzt im deutsch-dänischen Grenzland (Löwen-Rückführung / Grenzkontrollen / Düppelfeiern samt etwaigem deutsch-dänischen „Handreichungs-Denkmal“). Insofern sei die Arbeit nicht nur manchem Kollegen in Kiel, sondern auch einer interessierten dänischen Leserschaft wärmstens anempfohlen.

*Broder Schwensen*



Dr. Christian Dewanger  
 Stadtpräsident  
 Stadt Flensburg  
 24931 Flensburg

Rolf Fischer, MdL  
 SPD-Landtagsfraktion  
 Schleswig-Holstein  
 Düsternbrooker Weg 70  
 24105 Kiel

Peter Fransen, ph.d.  
 Landsarkivet for Fyn  
 Jernbanegade 36 A  
 DK-5000 Odense C

Andrea Graw-Teebken, ph.d.  
 Engelsbyer Straße 26  
 24943 Flensburg

Prof. Dr. Detlev Kraack  
 Seestraße 1  
 24306 Plön

Erik Lindsø  
 Grænseforeningen  
 Peder Skrams Gade 5  
 DK-1022 København K

Dr. Tove H. Malloy  
 European Centre for  
 Minority Issues (ECMI)  
 Schiffbrücke 12  
 24939 Flensburg

Franziska Mumm, M.A.  
 St. Franziskus-Hospital  
 Referat für Presse- und  
 Öffentlichkeitsarbeit  
 Waldstraße 17  
 24939 Flensburg

Birte Pauls, MdL  
 SPD-Landtagsfraktion  
 Schleswig-Holstein  
 Düsternbrooker Weg 70  
 24105 Kiel

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.  
 Deutsches Gymnasium für  
 Nordschleswig  
 Svinget 26  
 DK-6200 Aabenraa

Dr. Broder Schwensen  
 Stadtarchiv Flensburg  
 Rathausplatz 1  
 24937 Flensburg

Frederic Wanders  
 Flensburger Tageblatt  
 Stadredaktion  
 Nikolaistraße 7  
 24937 Flensburg

Elke Zschage  
 Bismarckstraße 63  
 24943 Flensburg

*Frederic Wanders, Blick nach Europa. 8. Dialog ADS-Grenzfriedensbund: Bedeutung und Zukunft der Minderheitenpolitik* Abb. 1-4: ADS-Grenzfriedensbund. Fotos: Ingrid Schumann

*Tove H. Malloy, 15 Jahre Minderheitenarbeit im Kompagnietor. Das European Centre for Minority Issues (ECMI) in Flensburg* Abb. 1-4: European Centre for Minority Issues (ECMI)

*Rolf Fischer / Birte Pauls, „Masterplan für Minderheiten“. Neue Ziele und neue Qualitäten schleswig-holsteinischer Minderheitenpolitik in europäischer Dimension* Abb. S. 269: SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

*Erik Lindsø, „Botschafter des interkulturellen Dialogs“. Ein Projekt des dänischen Grenzvereins* Abb. 1-3: Grænseforeningen

*Christian Dewanger, „Teil der gemeinsamen Geschichte“. Grußwort zur Rückkehr des Idstedt-Löwen nach Flensburg* Abb. 1-2: Eiko Wenzel





**Postvertriebsstück**

**C 3340 F**

**Entgelt bezahlt**

**ADS-Grenzfriedensbund e. V.**

**Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg**

**ISSN 1867-1853**